

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfenning. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 208.

Freitag, den 6. September 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Vaterlandsfeindlichkeit der Sozialdemokratie.

R. K. Die Wortführer des Bürgertums kennen im allgemeinen nur zwei Mittel gegen die Sozialdemokratie: entweder suchen sie die Staatsgewalt gegen den verhassten Gegner zu heben oder sie machen einseitige Witze über ihn. Mit beidem beweisen sie allerdings, daß sie von der Sozialdemokratie nichts verstehen oder nichts verstehen wollen.

Unter anderem haben sie den geradezu unsinnigen Vorwurf erfunden, die Sozialdemokratie sei vaterlandsfeindlich. Mit einer Plumpheit ohnegleichen wurde und wird dabei so getan, als ob die Regierungen und die herrschenden Klassen das Vaterland seien. Die Sozialdemokratie ist allerdings auf die Regierungen und die herrschenden Klassen mit Recht nicht gut zu sprechen, aber vaterlandsfeindlich ist sie nicht. Jeder vernünftige Mensch, der daran denkt, daß sie vor allem die Vertreterin des Proletariats ist, muß einsehen, daß sie garnicht vaterlandsfeindlich sein kann. Wen treffen nationale Unglücke, z. B. Krieg, Stagnation der Produktion, Teuerung, Hungersnot, Epidemien u. a. am schwersten? Das Proletariat! Die Kapitalisten sind dabei viel besser daran. Für den einen oder anderen Teil von ihnen bedeuten einzelne dieser Unglücksfälle sogar einen Profit. Das Großkapital gewinnt bei einem Krieg immer, gleichviel ob seine Besitzer zur bestiegen oder siegreichen Nation gehören. Für das französische Großkapital war z. B. das Jahr 1870 äußerst günstig, für die Bank von Frankreich sogar glänzend. Und daß die Herren Agrarier Teuerungen, sofern sie sich auf Getreide, Vieh und Kartoffeln erstrecken, nicht ungern sehen, ist bekannt. Sie sind manchmal sogar so freundlich, Teuerungen künstlich inzulagern zu wollen. So hat vor nicht langer Zeit ein norddeutscher Gutsbesitzer seine Kollegen in Anbetracht der zu erwartenden guten Kartoffelernte aufgefordert, möglichst viel Kartoffeln an das Vieh zu verfüttern, damit nicht zu viele auf den Markt kommen und ein Sinken des Preises verhindert wird. Es hat auch schon Agrarier gegeben, die aus dem nämlichen Grunde Getreide tonnenweise ins Wasser warfen. Wenn es aber richtig ist — und niemand kann es ernstlich bestreiten —, daß der Proletarier unter einem nationalen Unglück am meisten leidet, so ist die Unterstellung, daß die Partei, die ihn politisch vertritt, vaterlandsfeindlich ist, also nationale Unglücke herbeiwünscht oder gar herbeiführen will, geradezu borniert.

So liegen die Dinge schon allgemein genommen. Geht man auf Einzelheiten ein, so wird die Anklage, die Sozialdemokratie sei vaterlandsfeindlich, noch lächerlicher. Da heißt es z. B., die Sozialdemokraten wollen das Vaterland gegen das Ausland wehrlos machen, weil sie im Parlament gegen die militärischen Forderungen stimmen. In Wirklichkeit wissen die Wackeren, die diese Verdächtigung aussprechen, genau, daß die Sozialdemokratie damit nur gegen das jetzige militärische System einen scharfen Protest erhebt. Ebenso genau ist es ihnen bekannt, daß die Ablehnung des Budgets oder eines Teiles davon zu den Kampfmitteln jeder parlamentarischen Opposition gehört.

Die Sozialdemokratie wird als wahre Volkspartei durch die Natur des deutschen Militärsystems direkt gezwungen, ihm ablehnend gegenüberzutreten. Erstens verschlingt es kolossale Summen und zweitens wird fortwährend betont, daß die Bajonettspitzen und Kleinkalibrgewehre jeden Augenblick auch gegen das Proletariat richten können. Wie ernst dies gemeint ist, hat man an dem Januarsonntag gesehen, an dem die preussische Sozialdemokratie in friedlichster Weise für die Reform des preussischen Landtagswahlrechts demonstrierte. Damals wurde beinahe die ganze preussische Armee mobilisiert, in Berlin fuhrten Geschütze, links und rechts von Infanterie mit aufgezogenem Bajonett begleitet, durch die Straßen, die Truppen waren reichlich mit scharfer Munition ausgerüstet, die Pferde der Kavallerie standen gesattelt in den Ställen usw.

Die Sozialdemokratie fordert nur ein anderes Militärsystem, womit sie deutlich beweist, daß sie das Vaterland nicht wehrlos machen will. Darin aber, daß eine politische Partei die Volkswehr zur Verteidigung des Vaterlandes geeigneter hält wie ein stehendes Heer, liegt doch kein Verbrechen? Man hat es hier mit einer militärischen und national-ökonomischen Frage zu tun, über die man nur vom militärischen und national-ökonomischen Standpunkt aus urteilen sollte. Statt dessen aber kommen die Gutgefanten mit dem unsinnigen Gerede, die Sozialdemokratie wolle das Vaterland mit ihrem Verlangen, daß das stehende Heer abgeschafft und durch die Volkswehr ersetzt werde, schuglos dem Ausland preis-

geben. Es ist dies wieder ein Beleg dafür, welche Riesenumheiten der Öffentlichkeit ungeniert vorgeführt werden können. Jedermann weiß, daß auch der Proletarier von den Leiden, die eine feindliche Invasion mit sich bringt, nicht verschont bleibt. Im Gegenteil drücken ihn die Einquartierungen, die Eintreibung der Kontributionen, die unausbleibliche Teuerung und die Folgen der Niederlagen besonders hart.

Ein weiteres Symptom der angeblichen Vaterlandsfeindlichkeit der Sozialdemokratie besteht darin, daß sie sich eine scharfe Kritik der Kolonialbestialitäten erlaubt. Als sie dagegen auftrat, daß die Hereros, nachdem sie durch Wucherer zum Aufstand getrieben worden waren, in der grausamsten Weise vernichtet wurden, wurde sie von den Grausamkeiten und den bezahlten Agenten der Kolonialspekulanten die Verbündete der Hereros genannt. Die Viehdiebstahl, die es taten, fühlten offenbar nicht, wie jener selbst ausstellten. Sie dachten nicht daran, daß es nach Banditenmoral schmeckt, wenn man Grausamkeiten für erlaubt hält, weil sie kapitalistischen Spekulationen schnell zum Erfolg verhelfen. Die Sozialdemokratie aber will auch in die Politik Moral bringen. Dies gilt charakteristischerweise bei den Thronstößen als vaterlandsfeindlich. Die kapitalistische Politik kann nämlich keine Moral brauchen. Für sie gibt es nur den Rebbach, zu dessen Erzielung alle Mittel, und wären es auch die blutigsten, heilig sind. Wer hier widerspricht: Auf den Scheiterhaufen mit dem vaterlandslosen Gesellen!

Als drittes Anzeichen für die „Vaterlandslosigkeit“ der Sozialdemokratie wird das Faktum aufgezählt, daß sie sich mit allen Kräften gegen die Anzettelung von Kriegen wehrt. Eigentlich liegt hier auch nur eine Sünde gegen den heiligen Profit vor, denn Kriege sind häufig kapitalistische Spekulationen. Die Akten, die dabei verwendet werden, heißen Infanterie, Kavallerie, Artillerie usw. Aber dem großen Haufen können die Macher eines Krieges unmöglich sagen, daß es sich bei der Sache um Riesengewinne für einzelne dreht. Also muß das Mädchen für alles, das patriotische Mäntelchen, her. Da aber die Sozialdemokratie den Handel schon längst durchschaut hat und das Volk dementsprechend aufklärt, da sie das Volk dazu zu schätzen sucht, daß aus seinen Knochen und seinem Blut in ein paar Monaten Milliarden für andere Leute fabriziert werden, wird sie als vaterlandsfeindlich gebrandmarkt.

Eine weitere Sünde der Sozialdemokratie, die ihre Vaterlandslosigkeit beweisen soll, besteht darin, daß die Sozialdemokratie international ist. Diese Internationalität läuft darauf hinaus, daß die Sozialdemokratie die Völker einander nähert, indem sie den Chauvinismus der verdienten Lächerlichkeit preisgibt und jeder Verheerung energig entgegentritt. Außerdem strebt sie die internationale Organisation der Arbeit an. Dieses alles wird ihr von den „Patrioten“ sehr übel genommen. Der Firma Krupp und ähnlichen Unternehmungen verargt es hingegen niemand, daß sie an die ganze Welt Geschütze und Geschosse verkaufen und auf diese Weise die deutschen Soldaten und Matrosen der Gefahr aussetzen, mit Kanonen, Granaten und Schrapnells regaliert zu werden, die auf vaterländischem Boden gediehen sind. Auch regt niemand sich darüber auf, daß das Kapital international ist. Aber die Arbeiter! Ja, Bauer, das ist etwas ganz anderes!

Wir sind wirklich begierig, wie lange der — mit gültiger Erlaubnis sei es gesagt — Schwindel von der Vaterlandsfeindlichkeit der Sozialdemokratie noch kolportiert wird. Vielleicht geht es ihm doch noch wie dem anderen vom „Teilen“, der allmählich so abgedroschen wurde, daß er mit dem besten Willen nicht mehr verwendbar ist.

Eine Parallele.

Seit Wochen schon donnern vor den Hafensstädten Marokkos die Kanonen französischer Schiffsgeschütze, ein Bataillon nach dem andern stößt zu den Truppen des Generals Druide, und alles ist im besten Zuge, um das, was Frankreich vor zwei Jahren die „friedliche Durchbringung Marokkos“ nannte, ins Werk zu setzen. Die französische Presse meldet, daß in vierzehn Tagen alle marokkanischen Hafensstädte Garnisonen erhalten werden, worunter natürlich französische Garnisonen zu verstehen sind.

Inzwischen sitzt Herr Bülow in Norderney und unterhält sich mit dem französischen Botschafter. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aber läßt er erklären, daß die Beziehungen zu Frankreich augenblicklich „durch keinerlei Momente belastet sind, die ihre Entwicklung im Sinne einer freundschaftlichen Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses hemmen oder gar hindern könnten“. Man spreche mit Recht von einer zwischen Deutschland

und Frankreich eingetretenen Entvölkung. Der Wandel, der in dieser Beziehung zu verzeichnen ist, macht sich durch die Tatsache kenntlich, daß das französisch-spanische Vorgehen in Marokko sowie die jüngsten über das scharifische Reich ausgebrochenen inneren Wirren auf die politische Lage in Europa keinerlei ungünstige Rückwirkung geübt haben. Diese Erscheinung zeigt eine merkliche Entlastung der europäischen Konstellation an, die jedenfalls alle Friedensfreunde mit großer Genugtuung begrüßen werden.

Am 31. März 1905 erst stand Wilhelm II. auf marokkanischem Boden, begrüßt von dem Dheim und dem Vertreter des Sultans, und erklärte dort feierlich, er habe großes Interesse an dem Wohlergehen und Gedeihen des marokkanischen Reiches, er habe den Sultan als einen unabhängigen Herrscher begrüßt und hoffe, daß unter der Herrschaft des Sultans ein freies Marokko der friedlichen Konkurrenz aller Nationen ohne Monopole und ohne Ausschließung eröffnet werden würde. Jetzt befindet sich der „unabhängige Herrscher“ irgendwo auf der Flucht vor seinen Rivalen, die französischen Kriegsschiffe beschießen seine Hafensstädte, französische Truppen besetzen seine Küstenplätze, und die deutsche Diplomatie verjährt der französischen Diplomatie ihre volle Zustimmung zu dieser Politik.

Wen erinnert das nicht an die Haltung Deutschlands den Buren gegenüber? Anfangs der neunziger Jahre ließ Wilhelm II. durch seinen Botschafter in London formell erklären, daß die Unabhängigkeit der südafrikanischen Republiken im Interesse Deutschlands liege. Es kam die Depesche an Krüger, die dem alten Präsidenten Glück wünschte zu seinem Siege über die Jameson-Räuber. Als aber der Burenkrieg ausbrach, war plötzlich alle Liebe vergessen, und als Krüger an die Pforten des Reiches klopfte, wies man ihm die Tür. Er war ein „lästiger Ausländer“ geworden.

Nicht etwa, daß wir von der deutschen Regierung ein Eingreifen zugunsten der Buren verlangt hätten oder gar jetzt ein Eingreifen zugunsten des „unabhängigen Herrschers“ von Marokko verlangen! Worauf es uns ankommt, ist, auf die widerspruchsvolle Natur der deutschen ausländischen Politik hinzuweisen, die heute Hüh! und morgen Hoff! sagt, die gestern noch einen Weltkrieg wegen Marokko entzünden wollte, und heute, wo der Krieg in Marokko da ist, so tut, als wisse sie von gar nichts. Und wer garantiert uns dafür, daß sie nicht morgen wieder Kriegsgeschrei anzettelt, wenn sie merkt, daß sie von Frankreichs listiger Diplomatie hinteres Licht geführt wird und ihrer Algeciras-„Erfolge“ beraubt worden ist?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ausgetagt.

Die Haager Post geht ihrem Ende entgegen. Noch vor kurzem schien es, als würde die Friedenskonferenz bis zum Winter tagen. Wie jedoch aus dem Haag gemeldet wird, hat die holländische Regierung bei dem Vorsitzenden der Konferenz, dem russischen Staatsrat Nelidow, angefragt, ob ihr zur Eröffnung der Generalkonferenz am 17. September der Rittersaal, in dem das kurzweilige Friedensparlament tagt, zur Verfügung stehe, und darauf hat Nelidow erwidert, die Konferenz werde voraussichtlich bis zum 21. September dauern, aber die Unterzeichnung des Schlusprotokolls dürfte sich bis zum 28. September verzögern.

Bisher hat die Konferenz ihre Zeit hauptsächlich mit der Aufstellung von allerlei minderwertigen Kriegsmodalitätsregeln verbracht; der sogenannte „positive“ Teil ihres Programms, darunter vornehmlich die Abschließung des geplanten Weltvertrages über das obligatorische Schiedsgericht, steht noch aus und soll in den nächsten drei Wochen erledigt werden. Viel wird auch dabei nicht herauskommen, da jeder Staat sich freie Hand bewahren will und je nach seiner Stellung im politischen Konzert allerhand besondere Spezialwünsche auf Lager hat. In der offiziellen Presse wird die Stellung der hauptsächlich in Betracht kommenden Mächte folgendermaßen skizziert:

Die Hauptaufmerksamkeit wendet sich zwei Vorschlägen zu. Der erste stellt das Prinzip des obligatorischen Schiedsgerichts für alle Staaten auf. Er enthält jedoch eine Klausel, die die Institution des Schiedsgerichts fiktio macht. Alle Staaten sollen sich durch Verträge verpflichten, dem Urteile des Schiedsgerichts sich zu fügen; der Vertrag gilt jedoch nicht für Fälle, in denen nach Ansicht eines der beteiligten Staaten — nicht etwa nach der des Schiedsgerichtshofes — seine Ehre oder seine vitalen Interessen in Frage kommen. Es ist selbstverständlich, daß die Staaten in allen Fällen, wo sie den Weg des Krieges für erwünschter halten würden, von der Klausel Gebrauch machen könnten. Jedoch selbst bei Annahme des Prinzips des Schiedsgerichts ist die friedliche Lösung der bestehenden Konflikte keineswegs gesichert. Es muß dann erst das formelle Kompromiß geschlossen werden;

übrigen sich aber für die Ablehnung der Anträge ausspricht. — Dieser Beschluß der Bürgerausschußkommission besetzt zwar ein offenkundiges Unrecht, er beweist aber auch — durch die Ablehnung der übrigen Anträge —, daß man nicht gewillt ist, eine humanere Auffassung in bezug auf den Begriff Armenunterstützung gelten zu lassen. Armenunterstützung beziehen ja auch nur zwecklose Bürger, während der Bürgerausschuß doch „erstklassig“ besetzt ist.

Der Bürgerausschuß beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit Maßnahmen zur schnelleren Erschließung von Industrieländern. Die Handelskammer hat mit Hinweis darauf, daß die allgemein als notwendig anerkannte Heranziehung neuer Industriebetriebe nach Lübeck dadurch erswert werde, daß die erforderlichen Verhandlungen einen allzu großen Zeitraum in Anspruch nehmen, beim Senate die Ergreifung wirksamer Maßregeln zur schnelleren Ausschließung der Industrieländer befürwortet. Die Handelskammer hält mit dem Industrieverein die Schaffung einer Instanz für notwendig, die die Berechtigung hat, die allgemeinen Bedingungen für den Verkauf von Ländereien festzustellen und selbständig zu verkaufen. Die Handelskammer schlägt vor, eine neue Abteilung des Finanzdepartements zu bilden, in die die Handelskammer zwei Sachverständige, die Gewerbestammer einen Sachverständigen zu entsenden haben würden. Der Senat hat diese Angelegenheit dem Finanzdepartement und der Baudeputation zur Erläuterung überwiesen. Beide bekräftigen, die Befugnis zum selbständigen Verkauf von Ländereien nicht einer Abteilung des Finanzdepartements, sondern diesem selbst zu erteilen, zugleich aber einen Industrierausschuß einzusetzen, der aus zwei senatorischen und zwei bürgerlichen Mitgliedern des Finanzdepartements, einem senatorischen und einem bürgerlichen Mitgliede der Baudeputation und mit beratender Stimme einem Techniker dieser Behörde, sowie aus zwei von der Handelskammer und einem von der Gewerbestammer abzuordnenden Sachverständigen bestehen soll. Dieser Ausschuß soll das Finanzdepartement in allen den Verkauf von Industrieländern betreffenden Angelegenheiten gutachtlich zu beraten haben. Der Bürgerausschuß erklärte sich mit der Einsetzung dieses Ausschusses einverstanden.

„Freiwillig“ zurückgetreten ist das Bürgerchaftsmitglied Dr. Gädete, nachdem man bereits im Amtsblatt anonyme Angriffe gegen ihn, der allerdings nicht genannt wurde, gerichtet hatte. Der Wortführer der Bürgerchaft macht heute folgendes bekannt: Nachdem laut Bekanntmachung vom 31. August 1907 in der Bürgerchaft bis zum ersten Montag im Dezember 1909 verbleiben sollte, dem Wortführer am 2. September 1907 schriftlich angezeigt hat, daß er aus der Bürgerchaft austrete, haben die vereinigten Vorstände der Bürgerchaft und des Bürgerausschusses am 3. September 1907 auf Grund von § 2 Absatz 8 des Gesetzes vom 9. August 1905, betreffend die Übergangsbestimmungen in Anlaß der Abänderung der Artikel 20 ff. der Verfassung der freien und Hansestadt Lübeck vom 5. April 1875 bestimmt, wer an seiner Stelle in der Bürgerchaft bleiben soll. Das Los fiel auf Baethke, Ludwig Hermann, Dr. der Philosophie, der danach bis zum ersten Montag im Dezember 1909 in der Bürgerchaft zu verbleiben hat.

Aus dem Senat. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Klug hat Senator Heim. Evers den Vorsitz in der Baudeputation übernommen.

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten ist der Töpferweg, von der Lindenstraße bis zur Schützenstraße, vom Freitag, den 6. September cr. ab auf ca. 4 Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Mit der Errichtung einer chemischen Reichsanstalt wird sich die Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, die am 13. und 14. September hier stattfindet, beschäftigen. Auf der Tagesordnung stehen außerdem noch Referate über das neue Schweizer Patentgesetz, über die beabsichtigte Erweiterung der Sonntagsruhe in chemischen Betrieben, sowie über die Bestimmungen auf Einschränkung oder Beseitigung der Konkurrenzklause in den Anstellungsverträgen der kaufmännischen und technischen Angestellten.

Tödlicher Unglücksfall. Der auf der Gasanstalt II beim Kohlenlöschern beschäftigte Arbeiter Heinrich Burmeister hatte das Unglück, am Mittwoch mittags 2 1/2 Uhr von der zur Beförderung der Kohlen dienenden Hochbahn abzurutschen, wobei er sich über die Schulter und sich so schwere Verletzungen des Rückgrats zuzog, daß er noch am Abend desselben Tages verstarb. Der auf so furchtbare Weise ums Leben gekommene war 56 Jahre alt und verheiratet. Die erste ärztliche Hilfe leistete Dr. Pauli, der auch die Überführung Burmeisters nach dem Allgemeinen Krankenhaus anordnete.

Arbeiterriß. Von der Bauarbeiterschuttkommission wird uns geschrieben: Am 4. September, morgens, verunglückte am Stadtheater-Neubau (Blund u. Sohn) der Maurer Adolf Brinkmann; der Vermisste wollte einen der großen Luftsteine überwachen, rutschte aus und kam unter den Stein zu liegen, wobei er sich so erhebliche Verletzungen am Kopfe und Quetschungen am Oberschenkel zuzog, daß er per Driftseil nach Hause befördert werden mußte. Die erste Hilfeleistung wurde von Dr. Lorenz ausgeführt.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 9. bis 15. August im ganzen 143 Schiffsunfälle gemeldet worden. Es sind 4 Dampfer und 9 Segelschiffe total verloren gegangen, 105 Dampfer und 27 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

pb. Stechbriefling. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Torgernow, welcher seitens der Amtsanwaltschaft in Schönberg i. Mecklenbg. wegen Betruges stechbrieflich verfolgt wird.

pb. Wem gehört das Fahrrad? Vor ca. 14 Tagen ist in einer Schenkwirtschaft der Schwartauer Allee ein Fahrrad untergestellt worden, über dessen Eigentümer bisher nichts festgestellt werden konnte. Das Fahrrad trägt unterhalb der Lenkstange ein Schild mit der Inschrift „National Sewing-Machine-Compagny, Eldredge, Belvedere — J. 11 — U. S.“, hat schwarzen Rahmenbau, braunen Sattel und nach oben gebogene Lenkstange. Die Bremse und der linke Kotzgriff sind defekt. Das Fahrrad hat zwei verschiedene Räder und trägt die Fabriknummer 156 689.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Auf die morgige vollständige Doppel-Vorstellung, wobei jeder Platz 50 Pf. kostet, sei nochmals besonders hingewiesen. Das fesselnde Schauspiel „Der Dieb“ wird noch ein letztes Mal wiederholt. Eingeleitet wird der Abend durch das Lustspiel „Eine Partie Biquet“. Bei der am Sonntag stattfindenden Doppel-Vorstellung gelangt die beliebteste Gesangs-„Robe“ und „Vertigo“, oder „Die lustigen Bagabonden“ zur Aufführung. Am 3. Akt während des Konzerts wird „Der lustige Chemann“, gesungen von Fräulein Kothar und Herrn Kugelberg vorgeführt. Den Abend beschließt das Weichersche Schauspiel „Das eiserne Kreuz“.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: Die übliche vollständige Vorstellung am Sonnabend bringt eine letzte Wiederholung des Lustspiels „Hofgunst“ von Thilo v. Trotha. Die Bicy von Hohenstein spielt wie bei der Erstaufführung Else Campmann. Die Preise sind für alle Plätze auf 50 Pf. festgesetzt. Einen besonders anregenden Abend verspricht die Sonntag-Vorstellung, in der die beiden Mollerschen Lustspiele „Der Geizige“ und „Der eingebildete Kranke“ zur Darstellung gelangen. Der hochinteressante Spielplan dieser Sommerbühne erhält durch die beiden Stücke eine wertvolle Bereicherung.

Samburg. Genosse von Elm hat folgenden Antrag an die Parteileitung des zweiten Hamburger Wahlkreises gestellt: „Als Mitglied des zweiten Hamburger Wahlkreises beantrage ich die Einsetzung eines unparteiischen Schiedsgerichts zu dem Zweck, festzustellen, ob die Anschuldigungen der Lagerhalter, der Genossen Scharnberg, Ehlers, Tackamp, Heidrich und eventuell auch Hindorf, falls derselbe Genosse ist, auf von mir in meinen Reden auf dem Düsseldorf-Genossenschaftstage begangenen „Prinzipienverrat“ berechtigt sind oder nicht. Die Anschuldigungen der Lagerhalter sind von der gegnerischen Presse des letzten schleswig-holsteinischen Wahlkreises, in welchem ich als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt bin, übernommen worden und werden zweifellos von dem Reichslügenverband nicht nur gegen mich, sondern auch gegen die Gesamtpartei in ihren Flugblättern verwendet werden. Habe ich „Prinzipienverrat“ begangen, kann ich selbstverständlich nicht Kandidat der Partei bei Wahlen sein, müßte im Gegenteil aus der Partei ausgeschlossen werden. Stellt sich dagegen heraus, daß die betreffenden bewußt die Unwahrheit gesagt haben und weigern sich diese öffentlich zu bekunden, so ist dies zweifellos eine parteischädigende, ehrlose Handlung und müßten die betreffenden Genossen aus der Partei ausgeschlossen werden. Im Interesse der Partei sehe ich mich deshalb zur Stellung meines Antrags gezwungen und bitte die Vorstände der Partei in Hamburg, meinem Antrage zuzustimmen und das weitere veranlassen zu wollen.“

Samburg. Speicherbrand im Freihafen. Gestern Morgen gegen 10 1/2 Uhr brach im Block U des Speichers 3 am Holländischen Brook Feuer aus. Mächtige Feuergeräusche und Rauchwolken schossen aus den Fenstern des ersten Stocks. Bald brannte auch der zweite Boden. Das Feuer hatte aber reichlich Nahrung in den Kolonialwaren, die auf diesen Böden lagerten. Die Firma Wandmann hat diese beiden Speicherböden mit Koffinen, Korinthen, Gemürzen, Pfeffer usw. beladen. Außerdem ist dort ein kleiner Mühlenbetrieb, der durch einen Motor betrieben wird. Durch Explosion des Motors soll das Feuer entstanden sein. Auf dem dritten und vierten Boden lagert Kaffee für die Firma Dinkelspiel u. Co. Auch sind dort einige Mädchen zum Kaffeefortieren beschäftigt. Diese konnten mit einigen Schloßern, die auf dem 3. Boden mit Reparaturen beschäftigt waren, noch rechtzeitig ins Freie kommen, so daß kein Mensch bei dem Brande zu Schaden gekommen ist. Im Raum lagern für V. Giesfeldmann und J. Darboven Kaffee und im Keller für die Firmen Schmielau und Franzen Butter und Harz in Fässern. Vom Lande sowohl wie auch von der Wasserseite und von dem gegenüberliegenden Häuserblock am Alten Waldbrunn aus wurde Wasser in Massen in das brennende Gebäude geschleudert. Es schien, als ob der ganze Speicher ein Raub der Flammen werden sollte, doch konnte die Feuerwehr das Feuer auf die beiden Speicherböden beschränken. Gegen 12 1/2 Uhr hatte man das Feuer in der Gewalt.

Wandbeck. Verbrannt ist hier die sechsjährige Tochter des Postkassiers Fürst. Der jüngere Bruder hatte ein Stück Papier in den geheizten Ofen geworfen. Dieses fiel heraus und entzündete die leichte Sommerkleidung seiner Schwester. Das arme Mädchen ist bereits nach wenigen Stunden den schweren Brandwunden erlegen.

Samburg. Ein Momentbild aus dem „Ordnungsstaat“. Das „Volksblatt“ schreibt: „Seit Mittwoch voriger Woche mußte die Frau des Arbeiters Budbrüg im Garten des hiesigen Armenhauses kampieren, weil für sie im Hause kein Platz ist! Manches Zimmer steht leer darin, aber die arme Frau wird mit ihrem bißchen armseligen Hausrat hinausgeworfen, weil sie vielleicht dem Buchstaben etlicher bureaukratisch verzwickter Vorschriften zumiderhandelte. Bei dem gewaltigen Regenfuß, der in voriger Woche in einer Gewitternacht niederging, mußte die Frau ohne Schirm und Schutz in einer offenen Laube liegen. Und nicht genug damit, seit gestern morgen muß das arme Weib in freiem Felde seinen ganzen Jammer neugierigen Blicken preisgeben. Umgeben von ihren paar gebrechlichen Sachen — das Bett naß und modrig — allen Umilden der Witterung preisgegeben, sitzt die kranke Frau, die an Rheumatismus leidet, offene Wunden am Fuß hat und stark hustet, rat- und hilflos da. Am Sonntag hat man sie ohne Nahrung gelassen, nur eine trockene Brotkrume, die sich zwischen dem Gerümpel fand, kam über ihre Lippen. Und weshalb das alles? Bestimmung von „oben“! Der Verwalter des Armenhauses hat der Frau erklärt, daß er es nicht ändern könne, er müsse sie hinauslegen. Ja schubsen hat sich die Arme nichts kommen lassen — nach ihrer Meinung nicht — und wenn sollte das gebrechliche Weib etwas antun, was so schlimm wäre, daß man es hilflos auf's freie Feld hinausflößt? Mögen da Familienverhältnisse vorliegen, wie sie wollen; dazu hat man kein Recht, einen Menschen draußen am Wege wie einen Hund verkommen zu lassen. Wir fordern von den zuständigen Behörden, daß sie sich über den vorliegenden Fall äußern, daß sie Auskunft geben über diese schmachvolle Verletzung aller Gebote der Menschlichkeit. Wir wollen glauben, es handelt sich hier um ein Mißverständnis, das schnell beseitigt werden kann und muß! Jedenfalls muß etwas geschehen, um die Frau aus ihrer namenlos elenden Lage zu befreien. Gel sei der Mensch, hilflos und gut! Nur in einer verwahrlosten Gesellschaftsordnung kann das Wort des Dichters so zu schanden werden, kann Menschlichkeit so mit Füßen getreten werden!“

Elmsborn. Eine Milzbrandvergiftung durch Schuld des Unternehmers. Vor längerer Zeit verstarb die Ehefrau Arbeiterin Babutka unter Vergiftungserscheinungen. Sie war in der Produktionshandlung der Firma Kofka beschäftigt. Es ist nunmehr durch die Ärzte und durch das hygienische Institut in Kiel festgestellt worden, daß die Frau an Milzbrand verstorben ist. Der Produzent Kofka hatte eine Menge Ochsenhaare, die aus Butare stammen, durch eine Hamburger Firma bezogen. Die Ochsenhaare wurden durch Frauen verarbeitet. Nach kurzer Zeit erkrankte Frau L. und verstarb bald. Gegen R. ist nunmehr Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben worden und wird demnächst Termin vor dem Landgericht in Kiel stattfinden. Die Fahrlässigkeit wird darin gefunden, daß der Angeklagte Kofka die Haare nicht vorher hat desinfizieren lassen. Bekanntlich müssen Tierhaare vom Ausland vorher einer Desinfizierung unterzogen werden.

Kiel. Bildungsarbeit. Die Bildungskommission in Kiel gibt bekannt, daß sie im kommenden Winterhalbjahr philosophische Unterrichtskurse einrichtet, falls sich die nötigen 30—40 Teilnehmer finden. Das Thema der Kurse wird in großen Zügen die Entwicklung der modernen Weltanschauung sein, wie sie im Laufe des letzten Jahrhunderts in den Systemen der großen Denker und in den Ideenkämpfen der verschiedenen Zeitalter sich ausgestaltet hat. Im besonderen soll in diesen Kursen versucht werden, die Einflüsse, die von Hegel und vom sogenannten Materialismus (Feuerbach u. a.) auf den Marxismus gewirkt haben, klar zu machen. Neben Hegel wird auch Schopenhauer als Vertreter der kantischen Philosophie dargestellt werden und man wird die moralphilosophischen und ästhetischen Meinungen Nietzsches in ihrem Zusammenhang und ihrer Gegenfährlichkeit in die Entwicklung einzustellen suchen. Es wird dann der Einfluß des naturwissenschaftlichen Denkens und Forschens auf die Frage nach dem Verhältnis von Gehirn und Seele (Bemühen) an einzelnen markanten Erscheinungen (Pflüger, Fechner, Wundt) dargestellt werden. Man wird zum Haeckelschen Monismus Stellung nehmen und schließlich verstehen können, wie sehr die Neugestaltung des Weltproblems, wie sie etwa bei Mach und Avenarius vorliegt, geeignet ist, das philosophische Denken aus den Büchern ins Leben — auch ins Leben der Massen — zu überführen. Die Kurse sind seminarartig gedacht, d. h. der Lehrgang wird in stetem Kontakt zwischen Leiter und Hörern durchgeführt, es werden ausgewählte Lektüre durchgenommen und besprochen und eventuell auch schriftliche Arbeiten zu Hause angefertigt werden. Die Kosten belaufen sich für den Hörer auf circa 25 Pf. für den Abend.

Kendeburg. Großfeuer. Das Gewese des Landmannes Rickers in Graul ist in der Nacht zum Donnerstag niedergebrannt. Inventar und Korn sind mitverbrannt. Die Entstehung ist unbekannt.

Bülow. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich im nahen Dorfe Larnow. Bei einer auf der Feldmark des Erbpächters Wolter aufgestellten Lokomotive wollte der Heizer, während die Maschine im Betriebe war, den Schutzbügel des Schornsteins zumachen. Beim Aufsteigen glitt er aus und wurde von einer seitwärts befindlichen Welle erfaßt, die seinen Körper mehrmals herum-schleuderte, bis von demselben der letzte Fingerring gerissen war und er vollständig nackt und blutüberströmt in ein auf dem Erdboden stehendes Kühltisch fiel. Dem Bedauernswerten waren sämtliche Gliedmaßen mit Ausnahme des linken Armes gebrochen, außerdem trug er mehrere Rippenbrüche und schwere Kopfverletzungen davon. Der rechte Oberarm und rechte Unterschenkel erlitten zwei Brüche, der linke Arm, der rechte und der linke Unterschenkel je einen Bruch. Der Körper war mit einer derartigen Wucht um die Welle geschleudert, daß ein vom Stiefelabsatz getroffenes fingerdickes Ventil verbogen und der Haken infolgedessen vollständig zerlegt wurde. Da ärztliche Hilfe glücklicherweise zur Stelle war, konnte dem Schwerverletzten, der bei voller Bewußtsein war, ein Notverband angelegt werden, worauf er nach Güstrow transportiert wurde. Auch wenn er mit dem Leben davonkommt, dürfte er doch für immer ein Krüppel bleiben.

Delmenhorst. Wie die Banditen haufen die arbeitswilligen Italiener in Delmenhorst, die von den Unternehmern zur Unterdrückung des Bauarbeiterstreiks herangezogen wurden. Schon vor einigen Wochen war es durch das provokatorische Auftreten der Behörden zu großer Erregung in der Bevölkerung gekommen und es scheint jetzt, als ob durch den Übermut der fremden Streikbrecher, die sich vollkommen als Herren der Situation fühlen, von neuem Unruhen heraufbeschworen werden sollen. Die Italiener laufen in den Straßen truppweise mit Dolchen und geladenen Revolvern herum und machen sich von Zeit zu Zeit das Vergnügen, auf die Passanten zu schießen oder in Arbeiter-Verhältnissen einzudringen, um die Gasse zu provozieren. Die Polizei sieht diesem Treiben ruhig zu, geht aber um so schärfer gegen Streikende vor. Obwohl unser örtliches Parteiblatt zu größter Besonnenheit gegenüber den Provokationen auffordert, darf man sich nicht wundern, wenn der Unmut der Bevölkerung einmal zum Überlaufen kommen sollte.

Sadersleben. Die Schule in Westertorp ist völlig niedergebrannt. Sie wurde zur Zeit nicht benutzt, weil der Lehrer zum Militär eingezogen ist. Man vermutet, daß in die Schulräume zunächst ein Einbruch verübt wurde und der Einbrecher, um seine Tat zu verdecken, Brandstiftung verübt hat.

Bremen. Der Parteitag des Bezirks Nordwest wurde Sonntag morgen in Bremen abgehalten. Außer dem Bezirksvorstand und den Reichstagskandidaten des 17., 18. und 19. hannoverschen und des Bremer Wahlkreises waren 24 Delegierte erschienen. Der Kassierbericht verzeichnet eine Gesamteinnahme von 3782,84 Mk. und eine Gesamtausgabe von 2991,08 Mk., so daß ein Bestand von 791,76 Mk. verblieb. Nach einem Referat des Genossen Bieck über die Schaffung einer periodischen Druckschrift für die Landagitation wird beschlossen, eine derartige Agitationschrift für den 6., 17. und 18. hannoverschen Wahlkreis zunächst sechsmal im Jahre in je 25 000 Exemplaren zu verbreiten. Für den 19. hannoverschen Wahlkreis ist die Herausgabe einer Agitationszeitung für die Landbevölkerung bereits beschlossen; in Bremen wird diese Frage in nächster Zeit eine Parteiversammlung beschäftigen. Über die Stellungnahme zum „Preußischen Parteitage“ referierte Genosse Rhein. In der Diskussion wird der Befürwortung Ausdruck gegeben, daß die Schaffung einer festgelegten Organisation für Preußen zu einer Kollision mit der Gesamtpartei führen könne. Wollte man eine andere Organisationsform schaffen, so dürfte es lediglich zu dem Zwecke geschehen, um die spezifisch preussische Agitation zu leiten. Ferner wurde allgemein der Standpunkt vertreten, daß die Partei damit zu rechnen habe, den Kampf um die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag ohne Hilfe des Liberalismus führen zu müssen. Genosse Haverkamp-Bremerhaven wurde einstimmig zum Delegierten für den preussischen Parteitag gewählt. Es wird ferner beschlossen, den im Bezirk vertretenen Parteiblätern, den Kreisvorsitzenden und einem Vertreter der Bezirkskommission auf zukünftigen Bezirksparteitagen Sitz und Stimme einzuräumen. In seinem Referat über „Kommunalpolitik“ empfiehlt Genosse Haverkamp u. a. die Abhaltung von Konferenzen für Gemeindevertreter und die Herausgabe von Broschüren, in denen allgemeine Grundsätze behandelt werden, wie sie für engumgrenzte Bezirke zu vertreten sind. Es wurde dem Bezirksvorstand anheimgegeben, darüber zu entscheiden, ob und wann eine Konferenz der Gemeindevertreter einberufen werden soll.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Billiges Sonnabend-Angebot

Sämtliche hiermit angebotenen Artikel sind weit unter regulärem Werte.

ca. 900 Dam.-Trik.-Handschuhe **38** Pfg.
halbschwere Qualität, mit 2 Druckknöpfen Paar

ca. 500 Paar Herren-Socken **48** Pfg.
grau, reine Wolle Paar

ca. 400 Paar Damen-Strümpfe **48** Pfg.
schwarz, Wolle plattiert Paar

ca. 200 Damen-Fancy-Röcke **105** Mk.
mit Volant und Langnette Stück

ca. 1000 Damen-Kragen **25** Pfg.
Steh- u. Stehumlegeform, teils reich gestickt Stück

ca. 1000 Damen-Krawatten **10** Pfg. Wert bis 50 Pfg. **25** Pfg. Wert bis 1.00 **38** Pfg. Wert bis 1.50
Schleifen, Knoten u. Binder, für Steh- u. Stehumlegekragen

ca. 1000 Unterrock-Volants **100** Mk. Wert b. 2.00 **175** Mk. Wert b. 3.00 **275** Mk. Wert b. 4.00 **375** Mk. Wert b. 6.00
in Moiré, schottisch Moirelle, Lustre, Satin etc.

ca. 200 Coupons Schürzenzeuge **98** Pfg.
je 2 1/2 Meter lang, jedes Coupon

ca. 200 Coupons Wäschetuch **195** Mk.
ca. 50 cm breit, Coupon à 5 m

ca. 200 Paar Herr.-Schnürschuh. **350** Mk.
Wichsleder, genagelt, kräftige Arbeitsschuhe

ca. 150 Paar Herr.-Schnallensch. **590** Mk.
Rindleder, genagelt, äusserst dauerhaft

ca. 300 Paar Herr.-Schnürstiefel **450** Mk.
Wichsleder, genagelt, dauerhafter Arbeitstiefel

ca. 300 Paar Dam.-Schnürstiefel **440** Mk.
Rossleder

ca. 150 Paar Dam.-Lederpantoffel **180** Mk.
Wichsleder, genagelt

ca. 300 Paar Dam.-Plüschpantoff. **58** Pfg.
mit Linoleum-Sohle

Ein Posten
Lama-Staubtücher
Mehr als 12 Stück werden an einen Kunden nicht abgegeben. Stück **8** Pfg.

Ein Posten
Küchentücher
halbleinen weiss-rot kariert Stück **18** Pfg.

Ein Posten
Blusen-Coupons
je 2 1/2 Meter Ia. baumw. Flanell **165** Mk.

Ein Posten
Wollgarn
schwarz 4 und 5 dr. 1/2 Pfund **110** Mk.

Ein Posten
Wachstuch-Tischdecken
Grösse 85x150 cm Stück **95** Pfg.

Ein Posten
Linoleum-Teppiche
ohne Kante — 130x200 gross Stück **295** Mk.

Ein Posten
Fussmatten
Stück **18** Pfg.

Auf Kredit

Möbel für Mk. 98 Anz. Mk. 12
Möbel - - 195 - - 24
Möbel - - 258 - - 35

Anzüge

für Herren, Burschen und Kinder.
Dam.-Jackets, Kost.-Röcke, Kleiderstoffe, Teppiche, Portieren, Gardinen, Sport- und Kinderwagen

ohne Anzahlung an alte Kunden.

H. Kesten,

untere Johannstr. 70, I.



Uhren u. Goldwaren Trauringe, 333 u. 585 gef. anerkannt billig bei

Ernst Gentzen

Uhren, Königsstr. 62, b. d. Südt. Gebe rote Rabattmarken.

Achtung Maurer!

Die beschlossenen Sammellisten sind im Bureau in Empfang zu nehmen und ersuchen wir, diese baldmöglichst abzuholen. Der Vorstand.

Universum

Flucht vor der Ehe.

Hansa Theater

Lübeck.

Anfang 8 Uhr.

Es lebe der Reservemann

Sonntag, den 8. September,

nachmittag 4 Uhr:

Zu halben Preisen. Mk. 0.20, 0.25, 0.30, 0.50, 0.75, 1.00, 1.50.

„Das rote Julchen“.

Abends 8 Uhr:

Zum 8. Male:

E. I. d. Reservemann.

Für die Abend-Vorstellungen findet der Billet-Vorverkauf bei F. Sager statt.

Wilhelm-Theater.

Sonnabend. 8 Uhr 92. Abonn.-Vorstell. Jeder Platz 50 Pfg. Zum letzten Male:

H o f g u n s t.

Luffspiel in 4 Akten von Thilo v. Trotha. Sonntag. 7 Uhr. 93. Abonn.-Vorstell.

Molière-Abend.

Der Geizige. Der eingebildete Kranke.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Ludwig Piorowski. Sonnabend. 8 Uhr. 79. Abonn.-Vorstell. Vollständige Doppel-Vorstellung. Jeder Platz 50 Pfg.

Eine Partie Piquet.

Hierauf: **Der Dieb.**

Sensationsschauspiel in 3 Akten v. Bernstein. Sonntag. 7 Uhr. 80. Abonn.-Vorstell.

Gr. Doppel-Vorstellung zu einf. Preisen.

Robert und Bertram

oder Die lustigen Bagabonden. Hofe mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Käber.

Zum 3. Akt: Großer Konzertteil.

Der lustige Ehemann.

Hierauf: Das eiserne Kreuz. Schauspiel in 1 Akt von Biedert.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Essen 1907.

Bericht der Vertrauensperson

der Genossinnen Deutschlands für die Zeit
vom August 1906 bis Ende Juli 1907.

Die vom 22. bis 23. September 1906 in Mannheim abgehaltene Frauenkonferenz zeigte durch die Beteiligung an ihr wie durch ihren Verlauf, daß die sozialistische Frauenbewegung sicher vorwärts schreitet. Die Frauenkonferenz wies der Agitation wichtige Aufgaben zu. Und zwar neben der allgemeinen sozialistischen Agitation besonders Propaganda zu machen für den Schutz von Schwangeren und Wöchnerinnen, und von den Kommunen Einrichtungen zum Schutz der Säuglinge und der schulpflichtigen Kinder zu fordern, die Agitation unter den Landarbeiterinnen eifrig zu betreiben, die Dienstbotenbewegung in Fluß zu bringen und uns an den Kämpfen zu beteiligen, welche das Proletariat zur Erhebung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Staat und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts führt.

Die öffentliche Agitation, in die sofort nach der Rückkehr vom Parteitag und von der Frauenkonferenz eingetreten wurde, mußte sich zunächst mit den neuen Steuerprojekten der Regierung befassen. Den Forderungen an Menschen wie an Geldmitteln für die Kolonien, die sich fortwährend steigern, mußte mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Da die Frauen ein mindest ebenso starkes Interesse an Steuerfragen und Kolonialpolitik haben, wie die Männer, so war eine Agitation gegen die geplanten Schröpfungen der Massen und die vom Wesen der Kolonialpolitik der herrschenden Klassen untrennbare Grauel eine Notwendigkeit. Die veranstalteten Versammlungen waren von Frauen stark besucht und haben sicher aufreißend gewirkt. Die durch das fortwährende Anziehen der Steuerschraube verteuerte und herabgedrückte Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung, ihre fortwährend steigenden Lebensfragen und Lebensnot haben die Köpfe der Proletarierinnen für die Ideenwelt des Sozialismus besonders empfänglich gemacht.

Gleichen Schritt mit der Ausbürgerungspolitik der herrschenden Klassen hielten die Versuche, die arbeitenden Massen, und unter ihnen namentlich die Frauen, wehrlos gegen die kapitalistische Ausbeutung zu machen. In den Reichstags gelangte eine Gesetzesvorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Wäre diese Vorlage Gesetz geworden, so würden die Arbeiterinnen jeder Möglichkeit, sich zu organisieren, beraubt worden sein, das Koalitionsrecht hätte für sie nicht länger existiert. Die Empörung der Widerstand gegen das Zustandekommen dieses Gesetzes, dem die öffentliche Agitation Ausdruck gab, machten die Vorlage in der Berichterstattung verschwinden. In dem Protest gegen sie sind die Frauen energisch beteiligt gewesen, als Rednerinnen sowohl wie als Besucherinnen von Versammlungen.

Unsere rednerisch tätigen Genossinnen traten ebenfalls mit auf den Plan, als die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veranstaltete Agitation für den Heimarbeiterschutz über ganz Deutschland betrieben wurde. Die Genossinnen halfen überall die Heimarbeiterrinnen aus ihren elenden Wohnungen in die Versammlungen bringen: sie suchten nach Möglichkeit dazu beizutragen, die Agitation recht fruchtbringend zu gestalten.

Die Parteigenossenschaft von Groß-Berlin beabsichtigte im Dezember 1906 entsprechend dem ihr gewordenen Auftrage, einen zweiten preussischen Parteitag nach Berlin einzuberufen. Ein Zirkular der Unterzeichneten an die weiblichen Vertrauenspersonen in Preußen forderte die Genossinnen auf, durch Delegierte an den Verhandlungen des preussischen Parteitages teilzunehmen, da die Tagesordnung desselben auch für die Genossinnen von höchster Bedeutung sei. Der Rat wurde befolgt. In 10 Orten wurden 12 Delegierte gewählt. Jedoch trat ein Ereignis ein, welches es notwendig erscheinen ließ, den Preussentag auf eine spätere Zeit zu verschieben.

Im Dezember 1906 erfolgte wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Auflösung des Reichstages. Die Abgeordneten wurden wie ungezogene Raben nach Hause geschickt. Auch

der Frauen bemächtigte sich ein Jubel. Es hieß ob des entsetzten Kampfes die Zeit ausnützen, die Kräfte verdoppeln, agitieren, arbeiten bis zur Erschöpfung.

Sogleich nach Bekanntwerden der Auflösung versandte die Unterzeichnete an die Vertrauenspersonen und die Presse einen Aufruf, welcher die Frauen auf die Tätigkeit und Unterlassungssünden des verflochtenen Reichstages hinwies, besonders hinsichtlich des Arbeiterinnenschutzes und der versagten politischen Rechte. Da die Frauen sich nicht als Wählerinnen beteiligen können, wurden sie aufgerufen, doch zu wählen, zu agitieren, aufzuklären, als Arbeiterinnen, als Mütter ihre Schuldbildung im Wahlkampfe zu tun. Von der Gründung von Frauenwahlvereinen wurde wegen der Kürze der Zeit Abstand genommen. Dort, wo es zweckmäßig erschien, keine eigenen Versammlungen für die Frauen während des Wahlkampfes zu veranstalten, wurde ihnen zur Pflicht gemacht, die Versammlungen der Genossinnen zahlreich zu besuchen. Unsere Rednerinnen waren voll auf in Anspruch genommen. In Oberschlesien, im Rattowitzer Kreise, im Kreise Waldenburg, in Reichensbach-Neurode, der Provinz Pommern, in Sachsen, Thüringen, im Rheinland und in Bayern hielten sie wochenlang Versammlungen ab, die häufig überfüllt waren. Die Frauen bildeten meist einen hohen Prozentsatz der Versammlungsteilnehmer. Im Kreise Waldenburg waren die Versammlungen zu Zweidrittel von Frauen besucht. Dauernde Erfolge der Wahlagitacion sind eine bedeutende Zunahme der „Gleichheit“-Leserinnen und die Stärkung der Organisationen.

In den meisten der Versammlungen, in denen männliche Referenten sprachen, feuerten in der Diskussion Genossinnen die Frauen zur Anteilnahme an den Wahlaktionen, zum Beitritt in die Organisationen und zum Lesen der Arbeiterpresse auf.

Der angebliche Grund zur Auflösung des Reichstages, die Nichtbewilligung einer verhältnismäßig kleinen Summe für die Sandwüsten in Südwestafrika, sowie die gänzlich zerfahrene innere und äußere Politik Deutschlands gab den Rednerinnen und Rednern reichlich Stoff, die proletarischen Frauen aufzurütteln und für den Kampf zu begeistern, ebenso die Kolonialgruel und Soldatenmißhandlungen, der Fleisch- und Lebensmittelwucher sowie die gelungenen und beabsichtigten Volksentrechtungsattentate seitens der herrschenden Klassen.

Ein Flugblatt an die „Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes“ wurde in 800 000 Exemplaren von der Unterzeichneten herausgegeben und gelangte in ganz Deutschland zur Verbreitung. Die „Gleichheit“ nahm selbstverständlich sofort Stellung zur Auflösung des Reichstages und brachte während des Wahlkampfes eine Reihe belehrender und anfeuernder Artikel, welche das Interieur der Frauen an dem Sieg der Sozialdemokratie nachwies und diese zur Mitarbeit bei der Wahl mahnten. Sie machte dem weiblichen Proletariat begreiflich, daß die Unsummen an Geld, welche für Meer, Marine und Kolonialzwecke verausgabt werden, anderen kulturfördernden Zwecken im Lande dienen könnten und brachte ihnen die politischen Zustände als Frucht der kapitalistischen Klassenherrschaft zum Bewusstsein.

Wie es bei allen Parteifunktionen üblich ist, beteiligten sich die Genossinnen an jeder Art Wahlarbeit. Sie halfen Plakate und Adressen schreiben, Flugblätter austragen und Geld sammeln. Am Tage der Wahl und bei den Stichwahlen waren Genossinnen in Parteibureaus wie auch in einigen amtlichen Büreaus beschäftigt. Sie teilten vor den Wahllokalen Stimmzettel aus und hielten säumige Wähler an die Urne.

Ihre Tätigkeit hat sicher dazu beigetragen, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen zu erhöhen. Die Wahlarbeit der Genossinnen hat nicht nur der Partei neue Anhänger zugeführt und somit gute Dienste geleistet, sie hat auch das Wachstum der Frauenbewegung gefördert.

Nachdem die Enttäuschung über den Ausfall der Wahlen überwunden war, galt es auch für die Genossinnen, durch vermehrten Fleiß und tüchtige Aufklärungsarbeit künftige Siege vorzubereiten. Manches in der Wahlperiode gestreute Samenornis ist aufgegangen und hat Wurzel gefaßt. So sind im Waldenburger Kreise als Frucht der damals abgehaltenen Versammlungen in mehreren Orten Frauenbildungsvereine gegründet worden. In Hannover ist es ebenfalls gelungen, die Frauenbewegung in die Wege zu leiten. Die

seit einigen Monaten in Hannover und Linden bestehenden Frauenbildungsvereine weisen bereits einen Mitgliederstand von etwa 800 auf. Auch in München entfaltet die nach der Mannheimer Frauenkonferenz gewählte Vertrauensperson eine erfolgreiche Tätigkeit; der bereits länger bestehende Frauenbildungsverein entwickelt sich tüchtig. Der Aufschwung, den die sozialistische Frauenbewegung in Bayern genommen hat, bekundete sich recht auffallend bei der Landtagswahl dieses Frühjahres. Sehr viele Frauen, die vor nicht allzulanger Zeit gebildete Schächel der Kirche waren, leisteten eifrig Wahlhilfe für die sozialistische Partei und halfen durch ihre erfolgreiche Mittätigkeit die prächtigen Wahlsiege erringen.

Eine der schwierigsten Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung ist die Aufklärung und Organisierung der Dienstboten. In den größeren Städten Deutschlands wurde sie in die Hand genommen, in verschiedenen Orten unter Mithilfe des Gewerkschaftsartells. Daß die entfaltete Agitation unter den Dienstboten auf fruchtbaren Boden fiel, zeigt die Zahl der bis jetzt organisierten. Durch eine Umfrage ist festgestellt worden, daß Dienstbotenvereinigungen in Nürnberg, Hamburg, Mannheim, Berlin, München, Leipzig, Bremen, Königsberg, Bant, Frankfurt a. M., Jena, Köln bestehen mit einer Mitgliederzahl von zusammen 5000. Einige dieser Organisationen haben eigene Stellennachweise eingerichtet, wie zum Beispiel Hamburg, wo der 2000 Mitglieder zählende Verein sehr gut floriert; Frankfurt a. M., Nürnberg und Bremen haben ebenfalls eigene Stellennachweise. In anderen Städten, in denen man die Gründung einer Organisation für untunlich oder verfrüht hält, verbreitet man Aufklärung durch öffentliche Versammlungen, die sich mit den Verhältnissen der Dienstboten befassen. In manchen Orten sind die Vorarbeiten zur Gründung einer Organisation geschehen, die bald ins Leben treten soll. In den meisten der bestehenden Dienstbotenvereine ist die „Gleichheit“ obligatorisch eingeführt. Nur Berlin hat eine eigene Zeitung für die Interessen der Hausangestellten, die auch von dort aus nach München abgegeben wird. Die Aufgabe der Dienstbotenorganisationen ist vor allem, den Dienenden ihre Lage erträglicher zu gestalten. Dafür ist von höchster Bedeutung, daß die Gefindeordnung beseitigt wird. Das Dienstbotenehend wird wesentlich verschärft durch die verschiedenen, aber gleich reaktionär gestalteten Gefindeordnungen. Wenn es auch vorläufig außer unserer Macht steht, diese Ausnahmegeetze zu beseitigen, so müssen wir wenigstens versuchen, sie außer Kraft zu setzen. Zu diesem Zweck hat Genosse Stadthagen im Einvernehmen mit den Berliner Genossinnen einen Muster-Gefindevertrag ausgearbeitet, der entsprechend den örtlichen Verhältnissen in einzelnen Paragraphen geändert werden kann. Der Vertrag verlangt eine bestimmt begrenzte Arbeitszeit, Ruhepausen zum Einnehmen der Mahlzeiten und stellt bestimmte Anforderungen an Ausstattung und Lage des für den Dienstboten bestimmten Schlafraumes. Durch Abschluß eines solchen Vertrages mit der Herrschaft wird die Gefindeordnung für das betreffende Dienstmädchen außer Kraft gesetzt. Auf dem Wege der Selbsthilfe, d. h. durch Aufklärung und eine starke Organisation hoffen die Genossinnen wenigstens in vielen Fällen Zustände herbeizuführen, die selbst noch während des Bestehens des mittelalterlichen Ausnahmegesetzes die Dienstboten der Willkür der Herrschaft entziehen. Um dies Ziel zu erreichen, um die Dienstboten so weit zu schulen, daß sie selbst Forderungen zu stellen wagen, bedarf es dauernder praktischer Arbeit und einer kraftvollen zielstarken Organisation. Die Idee, Kontrakte mit der Herrschaft abzuschließen, hat von Anfang an in den Reihen der Dienenden mehr Verständnis gefunden als man hoffte. In einzelnen Fällen ist es bereits gelungen, Dienste auf Grund solcher Kontrakte einzugehen. Zur besseren Orientierung der Genossinnen liegt die Unterzeichnete 3000 der Muster-Kontrakte drucken, daneben die Veränderungen, welche die Berliner Dienstboten-Organisation vorzunehmen für nötig hielt, und sandte die Vorlage den Vertrauenspersonen zu.

Die Agitation für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen hat nicht geruht. Die natürliche Folge der Lebensmittelerhöhung waren Kämpfe der Arbeitererschaft um Erhöhung der Löhne. Die gesteigerte Brutalität des Unternehmertums beantwortete in den meisten Fällen die ge-

Der Übel grüßtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(38. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Damit ergriff sie seine Hand und führte ihn an die Betten der Kinder. Wehmütvoll ruhte sein Blick auf den kleinen unschuldigen und doch so teuren Wesen, die so friedlich und selig hier schlummerten, als gebe es in der Welt weder Leid noch Schuld! Auf den Rand des Bettes des kleinen Georg legte sie sich, Hand in Hand verschlungen, und sie erzählte ihm ausführlich alles, was geschehen war. Erhört lauschte er ihrem Bericht und äußerte seine Bewunderung über den Scharfsinn seines Schwagers, der das Geheimnis der Schutzhütte erraten und die Schlupfwinkel der Verbrecher entdeckt hatte.

„Hat man auch Geling verhaftet?“ fragte er dann. „Er war entflohen, ist aber gestern, wie ich hörte, in Köln ergriffen worden. Er wird hierher transportiert. Dasselbe wäre mit mir der Fall gewesen, Marie. Nein, es ist besser so, ich bin viel ruhiger im Gemüt, seit ich diesen Entschluß gefaßt habe. Die übrigen Helfershelfer der Gesellschaft, kennt man sie?“

„Jawohl, der elende Farnkoff hat alles verraten. Wenigstens ein halbes Duzend Verhaftungen haben im Anschluß an die Entdeckung noch stattgefunden. Durch Farnkoffs Bekenntnis hat sich auch herausgestellt, daß er den Brief an Grete gefälscht hatte, indem er Gertruds Handschrift nachahmte, und daß er Wentig überredet hatte, May zu ermorden. Wentig war noch am Abend auf dem Postberg gestiegen und wartete dort des armen May. Farnkoff hatte den teuflischen Plan entworfen und Wentig führte ihn genau so aus. Er lockte durch absichtlich zurückgelassene Fußstapfen den armen May an die Stelle, wo er ihn haben wollte und wo er sich hinter den dort herumliegenden großen Blöcken verborgen hielt. Daß die arme Gertrud schwer erkrankt ist, weiß Du wohl auch nicht?“

„Nein — sie ist erkrankt?“
„Auf den Tod. Man fürchtet, daß es sich gar nicht um eine gewöhnliche Krankheit, sondern um ein Gehirnleiden handelt. Ein Neurospezialist aus Chemnitz war gestern hier, er soll den Zustand für sehr bedenklich erklärt, aber die

Hoffnung auf völlige Wiederherstellung nicht ausgeschlossen haben.“

„Was für Unglück dieser Schodler über seine Familie gebracht hat“, murmelte Georg. „Und er war so reich — ich habe aus Not mich verleiten lassen und das schon war verwerflich genug!“

„Er hat es mit dem Leben gebüßt, es war das Beste so!“

Noch lange plauderten die Ehegatten und sprachen einander Mut und Trost zu. Endlich, als die Morgenröte die niederhängenden Wolken mit einem seltsam düsteren, brennenden Rot färbte, erhob sich Georg dann entschlossen und sagte zu Marie: „Nun geh und wecke Deinen Bruder!“

Noch einmal umarmten sie sich, dann ging Marie leise nach oben und pochte an die Tür. Der Polizeibeamte schlief nach der Aufregung und den Anstrengungen der letzten Tage wie ein Bär, es bedurfte einiger Zeit, bis er sich ermunterte. Dann war er aber auch sofort bei klarer Besinnung und fragte besorgt, ob etwas passiert sei?

„Nein, May — es ist nur jemand da, der Dich zu sprechen wünscht.“

„Jetzt, Marie?“ rief er bestremdet.
„Jetzt, es ist Georg, May — er ist zurückgekehrt und bittet Dich, ihn nach S. zu begleiten, wo er sich der Behörde stellen will. Er möchte aufbrechen, bevor noch jemand hier seine Anwesenheit bemerkt.“

Wie der Wind war May aus dem Bette und in den Kleidern. Schon eine Viertelstunde später kam er fit und fertig angezogen herab und begrüßte den Schwager wie stets mit Umarmung und Kuß.

„Mein lieber, lieber Schwager — mein Lebensretter“, rief er bewegt. „Du willst also — aber es ist besser so. Die Schmach ist dieselbe so oder so, und Du bekommst doch dann einmal wieder Luft zum Atmen.“

Das ist es, was mich bewegen hat“, bestätigte Georg mit Fassung, worauf er dem Schwager die Geschichte seiner Flucht erzählte und ihm schilderte, was er unterwegs gelitten hatte.

„Ich kann es Dir nachfühlen“, entgegnete May teilnahmsvoll. „Vor kurzem spielten sie in Dresden den Faust von Goethe. Da kam eine Stelle vor, die mir als Kriminalist auffiel, und die ich gar nicht wieder aus dem Kopfe loswerden konnte. Allemal, wenn sie ein unglückliches Geschöpf einbrachten, mußte ich an Gretchen und ihre Worte denken. Sie lauteten:

Es ist so elend, betteln zu müssen,
Und noch dazu mit bösem Gewissen!
Es ist so elend, in der Fremde schweifen —
Und sie werden mich doch ergreifen!“

„Und sie werden mich doch ergreifen“, wiederholte Georg schwermütig. Doch sofort raffte er sich wieder auf. „Koch uns eine Tasse Kaffee, Marie, dann wollen wir aufbrechen. Es tut mir leid, May, daß wir Dich des so notwendigen Schlafes berauben mußten.“

„Wir haben allerdings gestern angestrengt gearbeitet“, erwiderte der Kriminalbeamte. „Solange bis die Untersuchung abgeschlossen ist, bleibe ich noch hier. Gestern haben wir die Notröhre der Fallschmünzer aufgedeckt, den geheimen Gang, durch welchen sie zu entfliehen gedachten, der aber gerade dazu diente, sie zu überrumpeln. Der Vergiftetenmörder oder Farnkoff, ich weiß nicht, wer von ihnen den Plan entworfen hat, waren raffinierte Gesellen. Die ziemlich tiefe, aber schmale Wassergrube, durch welche von dieser Seite der Regen vom Berge abfloß, haben sie klug ausgenutzt, indem sie dieselbe mit Brettern bedeckten und darüber Erde und Schutt warfen. Von der Behörde hatte sich Schodler die Erlaubnis erwirkt, die Rinne auszufüllen und dem Wasser einen anderen Abfluß zu verschaffen, weil dadurch seine Keller beständig unter Wasser gesetzt würden — und so hat er mit seinen Komplizen das Zuschütten besorgt! Jeder dachte natürlich, der Wasserlauf wäre aufgefüllt — es war ein Meisterstück!“

„Das mußte ich selbst nicht“, erklärte Georg.
„Gerade durch die Benutzung des geheimen Ganges bin ich der Gesellschaft auf die Spur gekommen, und durch den Rauch, den ich dicht bei dem Schuppen aus der Erde quellen sah. Ich dachte erst, daß ich mich getäuscht hätte, aber ich habe mich nun überzeugt, daß tatsächlich der Keller bis

ringsten Lohnforderungen mit der Ausperrung weiter Arbeiterkräften. In all diesen Kämpfen waren zahlreich Arbeiterinnen beteiligt.

Da die Zahl der Arbeiterinnen von Jahr zu Jahr einen höheren Prozentsatz der Gesamtarbeiterkraft ausmacht, wird die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Gewerkschaften zu einer Lebensnotwendigkeit des Proletariats, das seine Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen ohne die Arbeiterinnen nicht zu führen vermag. Unsere rednerisch tätigen Genossinnen übernahmen häufig für die Gewerkschaften Agitationstouren, die oft von großem Erfolge gekrönt wurden.

Auch bei Streiks und Boykotts taten die Genossinnen ihr Möglichstes, um den kämpfenden zum Siege zu verhelfen. Der letzte Bäckerstreik in Berlin mit dem daran sich knüpfenden Boykott ist ein Beweis dafür. In 28 Versammlungen, die von den Genossinnen Berlin und der Vororte veranstaltet wurden und die sämtlich sehr zahlreich, hauptsächlich von Frauen, besucht waren, riefen sie ihre Klassen-genossinnen auf, den Bäckergefellen in ihrem schweren Kampf um ein wenig Luft und Licht, um menschenwürdiges Familienleben beizustehen. Der Boykott wurde dann auch mit Hilfe der Frauen so geführt, daß die Bäcker manche ihre Forderungen durchgesetzt haben. Bei der Kleinarbeit, der Abhaltung von Verkaufsfestungen und anderen notwendigen Arbeiten, die dazu dienen, den Gewerkschaften weibliche Mitglieder zuzuführen, halfen unsere Genossinnen gewirksam mit. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen ist prozentual zu den überhaupt beschäftigten zwar immer noch zu klein, doch ist sie immerhin nach dem vorliegenden Bericht auf rund 120 000 gestiegen.

Der neu erwählte Reichstag bewährte sich ebenso wie der vorherige als eine Gesetzgebungsmaschine für Geldverwüsterungen zu kulturwidrigen Zwecken. Die Sozialgesetzgebung aber zu fördern hatte er bisher keine Neigung. Das einzige diesbezügliche Zugeständnis ist, daß der nun in der Versammlung verabschiedete Sozialversicherungsgesetz vom 9. März im Reichstage erlassen; er heißt, in der nächsten Session in der Reichstags-Sitzung eine Vorlage zugehen zur Einführung des Jahreshilfsbetrags für erwachsene Arbeiterinnen. Um nicht zu große Hoffnungen in den Kreisen der Arbeiterkraft zu erwecken, fügte der Minister hinzu, eventuell müsse eine Übergangszeit für die Einführung geschaffen und gewisse Ausnahmen müssen zugelassen werden.

Die Genossinnen wissen schon längst, daß ihnen nur Rechte zuteil werden, wenn sie dieselben sich selbst erkämpfen. Auch im letzten Jahre erwarben sie reichlich, daß die Behörden recht häufig bei der Hand sind, um ihnen die arbeitsrechtlichen Rechte, die sie im öffentlichen Leben besitzen, noch zu verschleiern, ja gänzlich wegzunehmen zu machen. So wurde im Vorberich eine öffentliche Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Versammlung eines politischen Vereins (Zentralarbeiterverband) erklärt, an der Frauen nicht teilnehmen dürfen. In Kenntnis wurde die Vorsitzende des Bildungsvereins zu 40 Mk. und drei weitere Vorstandsmitglieder zu je 20 Mk. Strafe verurteilt, weil in einer nicht angemeldeten Versammlung über öffentliche Angelegenheiten verhandelt worden ist, zudem habe die Vorsitzende „Prezidenten“ als Mitglieder aufgenommen. Nicht minder ist für eine Leiterin eines unpolitischen Frauenbildungsvereins. Der Bildungsverein in Velsberg wurde ebenfalls angeklagt und der Vorstand in Strafe genommen. Die Anklage behauptet, die Angeklagten hätten innerhalb des Vereins Politik getrieben. Diese berufen sich darauf, daß nur in öffentlichen Versammlungen politische Themen auf der Tagesordnung stehen dürfen. Aus dem Urteil, daß derartige öffentliche Versammlungen erst „Notwendig“ seien, indem der Verein besteht, aus der Tatsache, daß die Mitglieder dieses Vereins meist Christen von Mitgliedern des sozialdemokratischen Volksvereins sind, ist es das Gericht die Schuld der Angeklagten hat. In Oberberich wurde die Strafkammer wegen angeblich politischer Tätigkeit der Vorsitzenden des Frauenbildungsvereins zu 50 Mk. und vier andere Vorstandsmitglieder zu je 10 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt beantragte in jedem Falle eine Verurteilung sei deshalb am Platz, weil die Vorsitzende im Jahre 1904 bereits wegen desselben Vergehens verurteilt ist und noch keinen Willen zeigt, sich zu bessern; ferner weil die Frauen gar nicht betonen, Sozialdemokraten zu sein und weil auch ihre Männer zur Sozialdemokratie gehören. Dagegen geht gerade im Oberberich die Bewegung am besten. Die Genossinnen erwidern nicht im Gegenteil, der Kampf führt ihre Kräfte, ferner ihren Mut und ihre Selbstständigkeit an. Durch ihren Willen werden die Angelegenheiten des Sozialismus immer zahlreicher nach in den Gemeinden, wo das Mythenbild noch eine große Macht über die Frauen ausübt. Unter dem Nachdruck gibt es tüchtige Kräfte. Es bilden sich neue tüchtige Agitatoren. Die nicht unangenehm tätig sind.

Nach nicht bloß im Oberberich, auch noch anderswärts in Preußen haben die Behörden durch Handhabung der Gesetze den Arbeiterinnen einen den wichtigsten Grundstein der geringen politischen Kultur zu nehmen, welche das Verstecktes ihnen gewährt. In Danzig, in Posen, in

die Pottzei die Frauen aus einer Versammlung der Genossen, obgleich eine Galerie vorhanden war, wo sie nach dem seligen Hammerstein „unvermischt“ mit den Männern zuhören können.

Während der Wahlbewegung war Genossin Jeeke im Kreise Weimar-Eisenach mehrere Wochen tätig. Nachdem sie bereits 11 Versammlungen abgehalten hatte, erging im Oberland eine behördliche Verfügung, monach Genossin Jeeke aus Hamburg im Kreise nicht reden dürfe. Die Rednerin konnte nachweisen, daß ihr Name Jeeke und nicht Jiek sei. Nachdem dann wieder ein paar Versammlungen stattgefunden hatten und eine für Eisenach arrangiert war, ließ im letzten Augenblick eine Verfügung ein, die es verdient, wörtlich wiedergegeben zu werden. Sie lautet:

Eisenach, den 21. Januar 1907.

Die von Ihnen für den 22. d. M. abends im Bellevue angemeldete Versammlung, in welcher die Frau Jeeke Berlin als Rednerin bezeichnet worden ist, wird hiermit auf Verfügung des Großherzogl. Herrn Bezirksdirektors verboten, weil diese Dame höheren Orts als eine von den Rednerinnen bekannt ist, von welchen eine die verschiedenen Bevölkerungsklassen gegen einander aufhetzende agitatorische Tätigkeit zu fürchten ist.

Der Oberbürgermeister.

(Name unleserlich.)

Es ward nun ein Genosse beauftragt, das Referat zu halten. Als die Versammlung eröffnet wurde, verlangte der überwachende, daß die Frauen hinausgewiesen würden. Man beschloß, sich dem Anjmen des Beamten nicht zu fügen. Die Folge davon war die Auflösung der Versammlung.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Zu dem drohenden Ausfall im Nieder-Laufitzer Braunkohlenrevier wird aus Senftenberg unterm 3. September geschrieben: In dem zum Oberberich Halle gehörigen Revieren Weitz- und Döbmitz liegen im Senftenberg herum in der Mark Brandenburg mächtige Braunkohlengruben. Es hat sich infolgedessen eine blühende Industrie in Brückens entwickelt. Die Kohle wird meist im Tagebau gewonnen. Von den etwa 10 000 Beschäftigten ist nur der vierte Teil einheimische Arbeiter, von dem Rest besteht die Hälfte aus Polen, die weitere Hälfte aus fremdsprachigen Arbeitern des Auslandes. Die in der Provinz herrschenden Zustände sind durch den 17-tägigen Streik vom April v. J. gegen den Bezirksleiter Gärtner vom Bergarbeiterverband gerichtsunterworfen geworden. Das Revier gilt in bezug auf Arbeitszeit, Lohn, Behandlung und nützliche (Wohnungs- etc.) Zustände als eines der rückständigsten Deutschlands. Die vorzügliche Steigerung der Lebenshaltung brachte in Verbindung mit der ebenfalls gestiegenen Steigerung der Leistung es mit sich, daß schon lange Unzufriedenheit herrschte. Mehrfache Eingaben wurden seitens der Unternehmer nicht beachtet. Die Belegschaften folgender Werke kündigten beim Schichtwechsel am Montag früh und abends mit Ausnahme einiger nicht in Betracht kommenden alten Leute: Grube Marie I von den Ansbacher Kohlenwerten, Weurostollen, Waldmannsgrüch, Grube Bertha in Sauer, Köpffens Werk, Dencks Werk, Einabergrüch. Die Fabrikarbeiter der zu vorstehenden Gruben gehörigen Nebenanlagen kündigten nur zum Teil. Anders auf den der Aktiengesellschaft Niederlaufitzer Kohlenwerte gehörigen Hölziger Werken. Hier gingen Berg- und Fabrikarbeiter geschlossen vor. Auf der bei Drebbau belegenen Grube Woldampf provozierte die Verwaltung den sofortigen Ausfall. Mittags versammelte sich die Belegschaft zu einer Aussprache. Darauf erließ die Vertrauensmann, gab ihm weder Revier noch Lohn und ließ ihn durch Gendarmen vom Hofe bringen. Auf höchste Erbitterung, legten die Kameraden des Gemütsregels sofort die Arbeit nieder — bis auf 20 „edle“ Reich-Dunkerische Gewerksvereiner! (Die auch Arbeiterorganisation erweist sich also wieder einmal als „gelbe“ Gewerkschaft.) Die Unternehmer waren verblüfft über das einmütige Vorgehen der mißhandelten Massen: Ihre Betriebsführer ließen sich verlegen, sie waren „nicht zu finden“ und die Stellvertreter wollten keinerlei Kündigung annehmen! Die Maßnahmen des Staates begannen mit der Beordnung von Gendarmen in das Revier: In Drebbau waren am Montag mittags, als die Belegschaft der Grube das Werk verließ, bereits drei Gendarmen zugegen. Anschließend haben die höheren Bergbeamten eine vernünftige Auffassung von der Forderung auf Einführung der Neumündensicht. Den Seiten vom Weurostollen wurde erklärt, daß die Neumündensicht auf keinen Fall eingeführt würde. Dagegen wurde sich über die Achtstundensicht neben lassen, weil dadurch — durch die so erzwungene Dreiteilung des 24-stündigen Arbeitstages — die Betriebe rationeller gearbeitet werden könnten! — Zu Herren kann gehalten werden. Ein Aufruf seitens der Lohnkommission fordert alle Arbeiter auf, solidarisches zu handeln und vor Zugang ins Streifgebiet zu warnen.

Die ausgeprägten organisierten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen von Siegen und Umgegend hielten in Wiesbaden am 2. d. M. eine sehr stark besuchte Versammlung ab, in welcher Reichmann und Schnell referierten. Obgleich der Kampf nun schon über 12 Wochen dauert, stehen die Angehörigen, meist Frauen und Mädchen, fest wie die Männer. Die Fabrikanten wenden alle Mittel an und sind an, je zum Weiten zu bringen, aber ohne jeden Erfolg. So war das Gedicht verbreitet, die Ausperrung sei beendet. Das ist jedoch nicht der Fall! Die Ausperrung dauert fort! Seitens der Leitung der Arbeiter auf Veranlassung der Verhandlungen herbeigeführt, welche aber dem Anschein nach zu keiner Einigung führen werden. Zunächst sind die Verhandlungen erst bei zwei Punkten beendet worden, welche gewissermaßen die Urheber der Ausperrung waren. Die Fabrikanten machen teilweise große Zugeständnisse, um in rückständigen Gegenden Streikbrecher-Phänomene zu vermeiden. Die Angehörigen bitten deshalb alle Genossen, ihnen über jede Neugründung von solchen Mitteln umgehend Kenntnis zu geben, damit das Nötige veranlaßt werden kann. Alle Zuschriften sind zu richten an Franz Schnell, Siegen, Hauptmannstr. 43.

Der Reichstag. Die Debatte über den Gesetzentwurf wurde am 2. Tage fortgesetzt. Verbandsreferent Henkel gab in seinem Schlußwort zu, daß an dem letzten Streit zwischen Vorstand und Ausschuss beide Teile der Schuld müde. Dem Hauptvorstand und dem Ausschuss wurde Debatte erteilt. Das wöchentliche Erscheinen des Gesetzentwurfes wurde abgelehnt. Die Ausschussabstimmungen sollen nunmehr nicht mehr im „Fortschritt“ veröffentlicht, sondern den Verbandsorganen überlassen werden. Der Geschäftsentwurf soll nunmehr ausschließlich in Fortschritt erscheinen. Nunmehr folgen die Referate des Reichstagspräsidenten H. Schmitt über die Resolutionen der nachstehenden Verhandlungen über die Arbeitsverhältnisse im Fleischergewerbe. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: Der Reichstag des Jahresberichts des Fleischer und Metzgergewerkschaften Deutschlands, abgehalten vom 2. bis 4. September in Frankfurt a. M., hat aus dem Verhandlungsprotokoll für Arbeiterinnen zu folgenden Beschlüssen

Kenntnis davon genommen, daß dem vielfachen Verlangen der im Fleischergewerbe beschäftigten Gefellen auf Einführung eines zwölfstündigen Arbeitstages durch eine Bundesratsverordnung vom Reichrat für Arbeiterstatistik nicht befürwortet wurde. Der Verbandstag gibt der Meinung Ausdruck, daß eine zwölfstündige Arbeitszeit im Fleischergewerbe durchführbar ist und die von den Unternehmern hiergegen erhobenen Einwände nur vom engherzigen Standpunkt des Profits und einer sozialpolitisch rückständigen Auffassung diktiert sind. Der Standpunkt der Fleischermeister und ihrer Korporationen ist derselbe, der auch in anderen Gewerben von den Unternehmern gegen sozialpolitische Anforderungen der Arbeiter geltend gemacht wurde: Einwände, die aber, sobald dennoch eine Beschränkung der Arbeitszeit verfügt wurde, sich sofort als haltlos erwiesen. Die Begrenzung der Arbeitszeit im Fleischergewerbe ist begründet, weil eine Arbeitszeit über zwölf Stunden für die Fleischergefellen gesundheitlich und vom allgemeinen sozialpolitischen Standpunkt die schwersten nachteiligsten Folgen hat. Die Erhebungen des Reichrats für Arbeiterstatistik haben erwiesen, daß in einer großen Zahl von Betrieben Arbeitszeiten über zwölf Stunden üblich sind. Diese Feststellungen sind durch die Erhebungen, die der Zentralverband der Fleischer und Berufs-genossen Deutschlands im Jahre 1905 veranstaltete, ergänzt in der Richtung, daß auch die mangelhaften sanitären Zustände in den Betrieben, die elenden Logis der Gefellen und die niedrige Entlohnung eingehend dargestellt wurden. Der Verbandstag ist der Überzeugung, daß die Fleischergefellen erst dann aus der tiefen sozialen Stellung, in die sie herabgedrückt wurden, sich erheben können, wenn ihnen die freie Zeit gewährt wird, die vom Standpunkt der Hygiene erforderlich und zur Pflege eines geordneten Familienlebens, sowie zur Wahrung der Berufsinteressen notwendig ist. Um so mehr glauben wir auf die Erfüllung unserer Anforderung rechnen zu dürfen, da die Forderung eines zwölfstündigen Arbeitstages weit zurück steht hinter den in anderen Berufen üblichen Arbeitszeiten. Mit der zwölfstündigen Arbeitszeit wird unter anderem der Weg gebahnt, den unwürdigen Zustand in unserem Berufe zu beseitigen, daß ältere Kollegen keine Arbeit bekommen, und wenn sie einen eigenen Pausenstand gründen wollen, ihren Beruf, in dem sie eine mehrjährige Lehrzeit durchgemacht, aufgeben, um dann als Fabrikarbeiter tätig zu sein. Diese ungelunden Zustände in unserem Berufe zu beseitigen, müssen wir mit Nachdruck fordern, um uns gegen die gesundheitlichen und schweren sozialen Nachteile, die die lange Arbeitszeit im Gefolge hat, zu schützen. Der Verbandstag richtet deshalb an die Reichsregierung die Bitte, sich dem Beschluß des Reichrats für Arbeiterstatistik, sowie dem Gutachten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes in der Beurteilung der Folgen einer langen Arbeitszeit nicht anzuschließen, vielmehr das berechnete Verlangen der Fleischergefellen nach einem zwölfstündigen Arbeitstag durch Erlass einer Bundesratsverordnung auf Grund § 120 e der Gewerbeordnung stattzugeben, sowie Anordnungen zu treffen, daß die Sonntagsarbeiten im Schlachthausbetriebe und Wurstfabriken unterlag und im Detailhandel auf drei Stunden beschränkt wird. Desgleichen halten wir die Beseitigung der sanitären Mängel in unserem Berufe für dringend erforderlich, um sowohl im Interesse der Konsumenten wie der Fleischergefellen die auch auf diesem Gebiet längst festgestellten schweren Mängel im Fleischergewerbe zu beseitigen. — über unsere Lohnbewegungen und Streiks“ referierte Krause-Berlin. Das Referat sowie die nachfolgende Debatte behandelten mehr interne Angelegenheiten.

Generalversammlung der Gärtner. Am Montag nachmittag wurden nach längerer Debatte die Diäten auf 10 Mk. pro Tag außer Lohnausfall-Entscheidung festgesetzt. Sodann wurde die Debatte über den Vorstandsbericht beendet. Der Hauptverwaltung wurde, nachdem ein Antrag auf Erteilung eines Tadelprotokolls zurückgezogen war, der Dank für ihre Tätigkeit ausgesprochen. Für die verschiedenen Tagesordnungsfragen wurden vier Kommissionen, an denen sämtliche Delegierte beteiligt sind, eingesetzt. Beschlossen wurde die rege Teilnahme an der Gewerkschaftsschule. Der Bericht der Presse erstattete Redakteur Albrecht. Derselbe verteidigte seinen Standpunkt in bezug auf seine Haltung bei den Reichstagswahlen, wo er im Fachblatt offen für die Wahl von Sozialdemokraten eingetreten sei. Zu wünschen wäre eine Vergrößerung des Mattes.

Vom britischen Trade Unions-Kongress. Der vierzigste Jahreskongress der britischen Trade Unions ist am Dienstag in Bath zusammengetreten. Er ist, wie schon gemeldet, sehr stark besucht. 521 Delegierte vertreten 1 700 000 Mitglieder. Der Kongress wird sich mit sehr wichtigen Fragen zu beschäftigen haben, wie sich schon aus den vorliegenden Resolutionen ergibt. Die wichtigsten betreffen folgende Angelegenheiten: Ausländische Streiks: Der Kongress spricht den schärfsten Tadel über diejenigen britischen Arbeiter aus, die sich dazu hergeben, in den Dienst kosmopolitischer Gesellschaften zu treten, um ausländische Arbeiterstreiks zu schädigen; der Kongress ist der Ansicht, daß diese Machinationen von den kapitalistischen Syndikaten absichtlich unternommen werden, um die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander zu hegen und der allgemeinen Tendenz der Arbeiter der Welt, kameradschaftlich miteinander zu leben und sich auf internationalem Wege gegenseitig zu unterstützen, entgegenzuwirken. Der Kongress beantragt, daß die Regierung eine Vorlage im Parlament einbringt, die die Grundzüge der Foreign Enlistment Act auf ausländische Streiks ausdehnt, um diejenigen zu bestrafen, die Streikbrecher-Expeditionen nach anderen Staaten ausrüsten, und um der Möglichkeit internationaler Konflikte vorzubeugen, die aus derartigen gefährlichen Verschwörungen entstehen können. (Die Gewerkschaft der Erdarbeiter, Bauarbeiter und Lagerlöhner.) — Das Oberhaus: Der Kongress verurteilt die Handlungsweise des Hauses der Lords, welches Vorlagen verwirft, die von den Vertretern des Volkes im Unterhaus angenommen und auch vom Lande gebilligt werden. Die Handlungsweise der Lords hindert den politischen Fortschritt und die soziale Hebung des Volks. Wir fordern die Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, die entweder zur Abschaffung oder zur Beschränkung der Macht des privilegierten Hauses führen, um auf diese Weise das Hindernis hinwegzuräumen, das der Ausführung des Volkswillens im Wege steht. (Die Gewerkschaft der Zigarrenarbeiter.) — Tägliche Arbeiterzeitung: Der Kongress beauftragt das Parlamentarische Komitee, eine Spezialkonferenz der Gewerkschaften einzuberufen zum Zweck der Beratung über die Mittel und Wege, eine tägliche Arbeiterzeitung zu gründen. (Der Verein der Londoner Buchdrucker.) — Allgemeines Wahlrecht: Der Kongress ist der Ansicht, daß die Zeit reif sei für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle erwachsenen Männer und Frauen, und erklärt sich gegen eine weitere Ausdehnung des Frauenwahlrechts. Das Parlamentarische Komitee wird beauftragt, in der nächsten parlamentarischen Tagung eine Vorlage betreffend das allgemeine Wahlrecht einzubringen. (Die Union der Lohnarbeiter.) — Heimarbeit: Da der Kongress überzeugt ist, daß die niedrigen Löhne der Heimarbeiter eine bedauerliche Gefahr für die organisierten Arbeiter bilden, so

zu jener Stelle reichte und sich dem ein Weg in der Nacht brach, der sie auf die Ebene führte und durch welche ein Teil des des Schwarzen der Goldminen im Bergbau des Weg ins Fort führen wurde.

„Die Unzufriedenheit zu verstehen ist“, rief Georg, „ich bin ein Mann — Du machst alles mit so viel Mühe, wie ein Mann.“

„War nicht der Finger auf dem Finger.“

„St. Georg — daran werden wir nicht denken. Ich bin ein Mann und habe mich bemüht, meine Arbeit als Arbeiter mit meiner Arbeit zu tun in Geduld zu bringen. Je mehr ich darüber erwäge, desto mehr vernehme ich, daß es nicht möglich ist, es so zu lassen, als wäre ich ein Mann, der nicht erwägt, es zu tun, ohne von anderen nicht bloß zu verlangen.“

„Was hast du nicht mit dem, was alle bei uns machen ein ähnliches Wort an. Es handelt sich um eine wichtige Entscheidung in dem kleinen Komitee, ein Komitee, wie es im letzten Jahr sein konnte: eine verantwortliche Kommission war über Georg und Marie gekommen, und der Schatz, den sie erwarben, hat sie zum einen halben, welchen Namen angenommen.“

Georg hat nicht nur — das war nicht, ihn zu befragen über mich, um zu verstehen: „Es ist ein Mann.“ Er behauptet, in der Kommission und über die Männer, dem einen in wenigen Minuten von ihm mit anderen Worten. Er hat keine Hoffnung auf den Erfolg, aber er hat die Hoffnung, und hat die Hoffnung, es zu verstehen, als wäre ich ein Mann, der nicht erwägt, es zu tun, ohne von anderen nicht bloß zu verlangen.“

„Was hast du nicht mit dem, was alle bei uns machen ein ähnliches Wort an. Es handelt sich um eine wichtige Entscheidung in dem kleinen Komitee, ein Komitee, wie es im letzten Jahr sein konnte: eine verantwortliche Kommission war über Georg und Marie gekommen, und der Schatz, den sie erwarben, hat sie zum einen halben, welchen Namen angenommen.“

„Es ist ein Mann.“

bert er die Regierung auf, einen gesetzlichen Minimumlohn für die Heimarbeit festzulegen. (Allgemeiner Verband der weiblichen Arbeiter.) — Ladenschluß: Angeichts des Mißerfolges des im Jahre 1904 erlassenen Gesetzes, betreffend frühzeitigen Ladenschluß, billigt der Kongress die von den Ladengehilfen durch Sir Charles Dillie eingebrachte Vorlage, welche die Arbeitszeit der Ladengehilfen auf 60 Stunden die Woche festsetzt. (Die Union der Ladengehilfen.) — Alterspensionen und 1. Mai: Das parlamentarische Komitee wird beauftragt, einen Tag festzusetzen, an dem alle Arbeiter in Stadt und Land für gesetzliche Einführung von Pensionen für die Veteranen der Arbeit demonstrieren sollen. (Der Verband der Messingarbeiter.) Der Demonstrationstag soll der 1. Mai sein. (Die Union der Geschäftsbuchbinder.) — Ferner die alljährlich wiederkehrenden Resolutionen über Achtstundentag, obligatorische Schiedsgerichte bei gewerblichen Konflikten, Fabrikarbeiterschutz, Verweltlichung der Schule, Arbeitslosigkeit und Sozialismus, Behausung der Arbeiter usw.

Aber den 2. Verhandlungstag liegt folgender kurze Bericht vor: Im Verlaufe der Sitzung wurde eine Resolution angenommen, in der von der Regierung Maßnahmen verlangt werden zur Verhinderung der Heranziehung englischer Arbeiter durch ausländische Arbeitgeber bei auswärtigen Umständen. Das Parlamentsmitglied Ward brachte ferner eine Resolution in Vorschlag, in der ein scharfer Tadel ausgesprochen wird für solche Engländer, die es für erlaubt hielten, sich in internationale Arbeitsstreitigkeiten einzumischen. Diese Resolution wurde unterstützt von Anderson-London, der in scharfen Ausdrücken das Benehmen der englischen Arbeiter geißelte, die nach Hamburg und Antwerpen gegangen waren, um an die Stelle der ausständig gewordenen Kollegen zu treten. Auch diese Resolution wurde angenommen, und zwar einstimmig.

Das Grab Ferdinand Lassalles auf dem jüdischen Friedhof zu Breslau war am Sonntag, wie alljährlich an Lassalles Sterbetage, der Zielpunkt von vielen Hunderten von Arbeitern und Arbeiterfrauen. Wieder wie alljährlich beschien die Morgen Sonne in aller Frühe ein rotes Blumenmeer, das inmitten herrlicher Kränze der Grabstätte einen einzigartigen Schmuck verlieh. Nischen-Lorbeerkränze mit prächtigen roten Schleifen legten nieder: Der Sozialdemokratische Verein, das Gewerkschaftsstellwerk, der Schlesische Arbeiter-Sängerbund, die Arbeiter der Hoffmannschen Waggon- und die der Werkzeugmaschinenfabrik von Guttmann sowie zum erstenmal die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen von Breslau. Ihr Kranz trug die Inschrift:

In unsers Kreises dunkle Nacht
Daß Du nach Kräften Licht gebracht,
Daß größer ward des Lichtes Schein,
Daß soll uns Dein Vermächtnis sein.

Der Kranz der Partei erinnerte an die aktuellsten Fragen der Gegenwart mit den Worten:

Die Erinnerung an Dein Lebenswerk soll uns im Kampfe um das freie Kreuzenwahlrecht führen.

Eine Neueinrichtung hatte diesmal die Polizei getroffen, indem sie die „haatzgefährlichen“ Kränzschleifen bereits vor dem Eingange zum Friedhofe einer kritischen Musterung unterzog. Dagegen hat sie mit der Unsitte, zwischen den Gräbern versteckt Nickerhauben Wache stehen zu lassen, um auf etwaige Reden zu achten, gebrochen. Am Grabe stand diesmal nur ein einziger Schutzmann und auch der in respektvoller Entfernung. Ein Teil der Grabbesucher gedachte auch unseres unvergesslichen Marx-Kayser, dessen Grabdenkmal, das ihm 1888 die Gesamtpartei Deutschlands gesetzt, sich in der Nähe des Lassalleschen Begräbnisplatzes befindet. Das bewegte Bild des Friedhofes und seiner Umgebung legte Zeugnis dafür ab, wie rege unseres Vorkämpfers Andenken in den Herzen der Breslauer Arbeiterschaft lebt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Streifenurteil. Während des Streits auf der Zementfabrik „Etern“ Bodejuch-Finkenwalde war der arbeitswillige Hilfsarbeiter Eigenbrot nachts, als er von Stettin kam, von einem Haufen Menschen umzingelt und schließlich arg mißhandelt worden. Wegen dieses an sich begreiflichen, aber nicht entschuldigen Exzesses hatten sich vor dem Stettiner Schöffengericht sieben Arbeiter zu verantworten. Geladen waren über 40 Zeugen. Vier der Angeklagten mußten freigesprochen werden, weil sie sich garnicht am Tatort aufgehalten hatten, während die Arbeiter Wendland und Kleinknecht, welche bei Begehung der Tat stark angetrunken waren, zu 2 resp. 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Ein weiterer Angeklagter wurde wegen einfacher Körper-

verletzung zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Gegen Wendland und Kleinknecht, denen 2 Monate der Untersuchungshaft anzurechnen waren, waren 1 1/2 resp. 1 1/2 Jahre Gefängnis beantragt.

Das Recht der Kritik. Der Bergmann Hermann Linke hatte in einer sozialdemokratischen Versammlung in Essen ein Urteil kritisiert, durch das ein Polizeibeamter freigesprochen wurde, der einen Arbeiter erschossen hatte. Der Erfolg der Kritik war zunächst die Verurteilung zu 50 Mk. Geldstrafe wegen Beleidigung des Gerichts. Das Reichsgericht hob jedoch das Urteil auf und sprach Linke frei.

Aus Nah und Fern.

Über das blutige Rencontre in der Scharrenstraße zu Charlottenburg, wo, wie berichtet, der stud. arch. Heinrich v. Behr seine Wirtin durch einen Revolvererschuß tödlich verletz und deren Tochter verwundet hat, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der in Untersuchungshaft befindliche Student v. Behr suchte die verhängnisvolle Tat so darzustellen, als ob er sich in der Notwehr gegenüber den beiden Frauen befunden habe. Dies wird jedoch durch die Vernehmungen der inzwischen aus dem Krankenhaus wieder entlassenen Tochter der getöteten Wirtin sowie durch die Besichtigung des Tatortes widerlegt. Es scheint, daß die große Nervosität des Herrn v. B., der vor dem Examen steht, dem jungen, sonst sehr bescheidenen Akademiker einen bösen Streich gespielt hat. Mißverständnisse herrschten zwischen ihm und seiner Wirtin zunächst wegen der Kündigung des Zimmers. Der Student glaubte berechtigt zu sein, am 31. August auszuküchen; seine Wirtin aber machte geltend, daß er die Kündigungsfrist nicht eingehalten habe. Weiter forderte Frau Streblow von ihrem Mieter für ihn vorauslagte 22 Mk., für die er ihr seine Sachen verpfändet hatte. Als er am Sonnabendabend die Sachen aus der Wohnung nach einer auf der Straße haltenden Droschke schaffen wollte, traten ihm Wirtin und Tochter im Korridor entgegen und verhinderten den Weitertransport der Gegenstände. Es kam zu einem Handgemenge. Der Student zog nun seinen Revolver, den er ständig bei sich trug, und schuß sinnlos auf die Frauen. Dann stellte er sich freiwillig der Polizei, die ihn später wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang in Untersuchungshaft einlieferte. Herr v. Behr weiß zwar darauf hin, daß er sich durch die Frauen schwer bedroht sah und seines Lebens nicht sicher gewesen wäre. Ein Antrag auf Haftentlassung ist bisher abgelehnt worden.

Eine folgenschwere Benzinexplosion, bei der zwei Personen, der Schuhfabrikant Richard Seeling und seine Gehilfin Minna Funke lebensgefährlich verletzt wurden, ereignete sich im Hause Tempelhoferufer 1a in Berlin. Als Seeling mit einem 5 Liter fassenden Behälter Benzin einer Gasflamme zu nahe kam, explodierte dieses unter furchtbarem Knall. Das Mädchen Funke ist entsetzlich zugerichtet, so daß wenig Hoffnung vorhanden ist, es am Leben zu erhalten, während der Zustand des Fabrikanten nicht hoffnungslos ist. Der Feuerwehr gelang es, den entstandenen Brand zu löschen.

Eine vernünftige Verfügung. Aus Karlsruhe wird der „Magdeburger Zeitung“ berichtet: Eine Verfügung des Justizministeriums untersagt den am Prozeß Hau beteiligten und beteiligt gemessenen Beamten und Amtspersonen des badischen Justizdepartements jede fernere öffentliche publizistische Stellungnahme zu dem Prozesse.

Die eigene Schwester ermordet. Die in Gisingen bei Würzburg in den letzten Tagen des August ermordet aufgefundene zwanzigjährige Winkler ist nicht, wie man zuerst vermutete, das Opfer eines Lustmordes geworden, sondern von ihrem eigenen Bruder auf einen Feldweg gelockt, mit einem Hammer erschlagen und ins Gebüsch verschleppt worden. Als Motiv der Tat gab der verhaftete und geständige Mörder an, daß er das Erbe seiner Schwester an sich bringen wollte, die von einer Zante mit einem Haus und einem Ackerland bedacht worden war. Die Leiche der Vermissten wurde erst nach längerem Streifen gefunden, als der Bruder sich an der Suche beteiligte.

Das Eisenbahnunglück bei Strausberg. Amtlich wird gemeldet: Nach einem Telegramm des von dem Minister der öffentlichen Arbeiten nach Strausberg entsandten Kommissars ist die Entgleisung des Schnellzuges 6 ungewisselhaft durch die Verlegung einer Schiene in dem ganz neuen, vor 6 Wochen in eine gute Steinischlagbettung ausgeführten Oberbau herbeigeführt worden. Anhaltspunkte für die Täter sind bisher nicht ermittelt worden. Der Staatsanwalt ist zur Untersuchung am Tatort anwesend. Das Feuer im Zuge ist im Speisewagen entstanden und hat sich von hier auf die vor und hinter dem Speisewagen laufenden Wagen

übertragen. Der Speisewagen ist vollständig verbrannt, die beiden anderen je zur Hälfte. Auf Greifung des Urhebers des Eisenbahnunglücks sind amtlicherseits 2000 Mk. Belohnung ausgesetzt. Die nötige Untersuchung wurde sofort eröffnet. In Strausberg, wo die Unglücksstelle ist, laufen Gerüchte um, es handele sich um mehrere Täter, die einen anarchistischen Anschlag auf hochstehende russische Reisende beabsichtigten, doch enthielt der Zug solche Reisende nicht, auch fehlen positive Anhaltspunkte für diese Gerüchte. Die Täter scheinen mit den Eisenbahnarbeitern gut vertraut zu sein, wie die gelockerten Schienen zeigten; auf etwa 15 Mtr. der Strecke waren sämtliche Schienenschrauben aus dem Bahnkörper gezogen. Der Speisewagen des Zuges ist vollständig verbrannt, ebenso der Wagen 2. Klasse hinter dem Speisewagen. Wunderbar ist es bei der Größe des Unfalles, daß niemand schwer verletzt wurde. Sämtliche Verletzte sind in Berlin und Umgebung wohnhaft.

Wahnmühsal. Das „Chemnitzer Tageblatt“ meldet aus Dorf (Bogland): In dem Dorfe Mühlhausen wurden heute nacht zwei Grenzaufseher, die sich in Zivilkleidern außer Dienst befanden, von einem Irzsinnigen hinterücks mit einem Spaten überfallen und schwer verletzt. Einer der Beamten machte den Angreifer durch einen Revolvererschuß in die Brust unschädlich.

Des Amtes enthoben. Der Rentant Bod von der Städtischen Sparkasse in Gelsenkirchen wurde seines Amtes plötzlich enthoben. Wie verlautet, handelt es sich bei dieser Maßnahme um Kassenmanipulationen, die der Rentant in seiner früheren Wirkungsstätte Neekendorf vorgenommen haben soll.

Haubtmord. Aus Nachod wird gemeldet: Der 78 Jahre alte Häusler Johann Grub wurde in seiner Wohnung ermordet. Der bisher nicht ermittelte Mörder entkam mit 70 Kronen geraubten Geldes.

Vom Dieb zum Mörder. Wie aus Salzburg berichtet wird, verhaftete der Gendarmeriepostenführer Köstler auf dem Langboden den Bändermeistersohn Gebauer wegen Diebstahls von 150 Kronen und nahm ihm das gestohlene Geld ab. Unterwegs schlug Gebauer dem Beamten den Schädel mit einem Stein ein, nahm das gestohlene Geld wieder an sich und flüchtete. Die Verfolgung war bisher erfolglos.

Anormale Menschen. Eine Brandstifterbande legt die Umgebung von Aelfst in Belgien in Schrecken. 35 Häuser und Bauernhöfe wurden in den letzten Wochen durch Brandstiftung vernichtet. Am 8. September wurden an Mauern Plakate gefunden, in denen für diese Woche fünf neue Entschörungen angekündigt wurden. Die Gendarmerie fand noch keine Spur der Verbrecher.

Buchstäblich zerrhackt. Aus Ufa (Rußland) wird gemeldet, daß der dortige Psychiater Dr. Kaplan, der zur Verurteilung revoltierender Arrestanten der dortigen Landesstrafanstalt hinzugezogen worden war, von den Geisteskranken buchstäblich zerrhackt wurde.

Der bekannte Komponist Eduard Grieg ist am Mittwoch in Bergen gestorben. Er wollte abends nach Christiania reisen, fühlte sich aber mittags derart schlecht, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Hier ist er sanft entschlafen.

Mordversuch. In die Wohnung des seit acht Monaten in Venedig wohnhaften russischen Grafen Ramarowski drang ein anderer Russe ein, der sich Kaminow nannte, und gab fünf Revolverkugeln auf den Grafen ab, durch die dieser schwer verwundet wurde. Im Hospital, wohin er alsbald gebracht wurde, erklärte der Graf dem russischen Konsul, er sei brieflich davon in Kenntnis gesetzt worden, daß ein Russe nach Venedig kommen werde, um ihn zu ermorden; er habe aber den Mitteilungen keine Bedeutung beigelegt. Die Tat rief große Erregung hervor. Die Polizei fand auf den Täter, der die Stadt verlassen haben soll. Die Verlegungen des Grafen scheinen nicht lebensgefährlich zu sein.

Literarisches.

Von der **Neuen Gesellschaft**, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag: Berlin ND 6, Charitestr. 3. Verbandshaus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Preis für das Einzelheft 10 Pf. Probehefte kostenlos. Ist soeben das 10. Heft des 5. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Internationale. — Bruno Buchwald: Die Gewerkschaftsbank. — J. F. Unterzmit: Die holländische Arbeiterbewegung. — Ludwig Duesel: Die belgische Arbeiterbewegung. — Max Gnyh: Der blinde Passagier. (Fortsetzung.) Glossen: Literatur.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

TIERGARTEN. Sonntag u. Montag: Allgemeines Preisschießen.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen wurden hoch erfreut
H. Busch und Frau geb. Burmeister.
Ein großes heizbares Zimmer mit Feuerungsgeß und separatem Eingang zu vermieten
Waisenhoffstraße 5.
Zum 15. d. M. ein freundliches Zimmer nach vorne an 2 Herren zu vermieten
Brüderstraße 4a.
2 junge Mädchen wünschen Beschäftigung im Schneidern und Weißnähen.
Ang. u. W. R. 3 an die Exp. d. Bl.
1 Zweiräder. Sandwagen mit Kasten, fast neu, billig zu verkaufen.
Engelswisch 33/111.
Billig zu verkaufen ein gutes Fahrrad
Dorfstraße 24, II.

Notizbuch verloren
gegen Belohnung abzugeben Huxstr. 75, pt.
Empfehle:
Prima fettes Ochsenfleisch
„ Schweinefleisch
„ mageren Speck Pfd. 80 Pf.
„ fetten Speck Pfd. 80 Pf.
Einen Posten ger. Mettwurst Pfd. 80 Pf.
Leberwurst u. gek. Mettwurst Pfd. 80 Pf.
sowie jeden Sonnabend abend:
heisse Knackwurst.
H. Gerds,
Ziegelstrasse 23 d.

E. BOY, Fischhandlung
Huxstr. 30. Telefon 115.
Markthallenstand 46. Sonnabend trifft ein großer Posten Seeische ein:
Schollen Pfund 40 Pf.
Ritzungen „ 40 „
Fischardonade „ 45 „
Seelachs, in ganzen Fischen Pfd. nur 10 Pf., im Ausschnitt Pfd. 12 Pf.

Einmachegläser
6, 8, 10, 12, 20, 32, 45, 60 Pfg.
Geléeegläser
10, 12, 15 Pfg.
Patentgläser
absolut sicher,
35, 45, 50, 65 Pfg.
Gläser mit Schrauben
14 und 25 Pfg.
Riesen-Bazar
Breitestraße Schwartauer Allee
33. 13.
Rote Rabatt-Marken.

Dr. Schlomer verweist.
Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und recht bei
Markt **Otto Albers** Kohlm. 4. 10.
8. B. Komplete Betten von 12.50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
00 Rote lubeca-Marken. 00
Empfehle meinen
Rasier-, Friseur- und Haarschneide-Salon.
Aufmerksame saubere Bedienung.
Marlstraße 42c. **W. Benthin.**
Zigarren, gut abgelagert,
100 Stk. 2.90 und 3.50 Mk. Johannistr. 17/19.
Schöne Kränze
von 50 Pfg. an.
A. Bühse, Ludwigsstr. 72. Ecke Drolinast.

Empfehle diese Woche
la. Kalbsbraten.
Alb. Hidde.
Markthallen-Stand 25.

Unter Garantie der Haltbarkeit werden neue emaillierte Böden unter emaillierte Töpfe geßcht.
Menastraße 19.

Zwetschen
vorzüglich zum Einmachen, sehr billig zu verkaufen.
Friedenstraße 1, II.
Seeben ist erschienen:
Gruppenbild
der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
Preis 40 Pfg.
Auf Kunstdruck-Karton in vorzüglichem Druck und nach den neuesten photographischen Aufnahmen hergestellt, ist das Bild ein prächtiger Zimmermum für jedes Arbeiterheim. Die Kartongröße ist 40x55 cm. Der Preis ist so billig bemessen, um jedem Arbeiter die Anschaffung zu ermöglichen.
Zu beziehen durch:
Friedr. Meyer & Co.,
Johanniststraße 46.

Extra billiges Angebot in Schuhwaren

für Damen

für Herren

Von nebenstehenden Preisen werden an der Kasse 4% in Abzug gebracht oder rote Rabattmarken verabfolgt.

- Ross-Chevreaux-Schnürst. 5⁹⁰ Mk. hübsche bequeme Form
- Boxkalb-Schnürstiefel 6⁷⁵ Mk. sehr haltbar
- Chevreaux-Schnürstiefel 6⁹⁰ Mk. mit Lackkappe
- Chevreaux-Schnürstiefel 8²⁵ Mk. mit oder ohne Lack, moderne elegante Form

- Wichsleder-Schnürstiefel 5⁵⁰ Mk. sehr haltbar
- Ross-Chevreaux-Schnürst. 7⁵⁰ Mk. leicht und bequem
- Rindbox-Schnür- und Schnallenstiefel 7⁹⁰ Mk. hübsche moderne Form
- Boxkalb-Schnürstiefel 8²⁵ Mk. elegant und haltbar

der Fischergrube gegenüber.

Auguste Popp Breitestr. 7.

Neu!

Seelenwanderung. „Tonhalle“.

Neu!

Rotes Gespenst!

Rum

von den billigsten bis zu den feinsten Qualitäten.
W. Rabioth, Untertrave 113.

Hausfrau kaufe billig.

- Bloßschokolade Pfd. 75 Pfg.
- Sagowohl " 20 "
- Kartoffelmehl " 15 "
- Weizenmehl " 15 "

Fettwaren-Abteilung.

- Fettig und magerer Speck Pfd. 90 Pfg.
- Kornschbect " 90 "
- Schmalz " 60 "
- Neuraline (Wasserdampfer) " 55 "
- Feine Margarine " 70 "
- do. " 135 "

Käse-Abteilung.

- Pa. Schweizerkäse Pfd. 85 Pfg.
- Pa. Holländer Käse " 85 "
- Tilsiter Vollfett " 60 "
- Tilsiter Fettkäse " 40 "
- 4 alte Parzer " 10 "
- 12 Sommerfang-Seringe " 55 "

Ed. Speck, Hürtr. 80 u. 82.

Empfehle in besonders schönen Qualitäten:

- ii. Tils. Rahmkäse, Pfd. nur 50 Pfg.
- " " Vollfett Pfd. 60 Pfg.
- " " pikant Pfd. 40 Pfg.
- " Holsteiner alt Pfd. 50 Pfg.

ferner:

- Selbst ein- und feinste große Rollenbrot (2 Sorten gelber) in 1/2 Kilo Seringe (15 Pfg.)
- Garantierter reiner Saccarobonig Pfd. 70 Pfg.
- ff. Kandibonig, gelb Pfd. 30, weiß Pfd. 20 Pfg.

16 Glockengießerstr. 16
Carl Fr. Timm



Neue Sommerfang- und Matjes-Seringe

feine handliche Fisch- und Seefische, Sicker, Kumpenwaren empfohlen

Fischhalle „Hansa“, Fischmarkt 33, Markthalenweg 101, Zeilichen 1907, Fern-Telephonanten.

Pa. Ochsenfleisch

klein- und großformatig in bekannter Güte.

Jeden Sonnabend von 5 Uhr ab: heiße Knackwurst.

Karl Kühn

Schlachterei und Würstfabrik, Markthofstr. 53, Ecke Spinnstr. 110/111, Zeilichen 1907.

Konsumverein für Lübeck und Umg.

E. G. m. b. H.

Wir beabsichtigen in den nächsten Tagen ein Flugblatt über die volkswirtschaftlich feindlichen Bestrebungen des Verbandes der Fabrikanten von Markenartikeln zu verbreiten.

Alle Konumenten, insbesondere aber unsere Mitglieder und deren Frauen, die an der Verbreitung dieses Flugblattes mitwirken wollen, werden gebeten, sich am Montag, 9. September 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52, zu einer Besprechung einzufinden.
Der Vorstand.

F. Meyer, Schuhwaren-Verkaufshaus, Hüxterdamm 2,

empfehle sein großes Lager in kräftigem genagelten Kinderfußzeug, Arbeitsschuhen und wasserdichten Halbstiefeln zu bekannt billigen Preisen, zurückgesetzte Sachen unter Einkaufspreis.

Bitte Schaufenster beachten.

Eigene Reparaturwerkstatt. Rote Rabattmarken.

Allerfeinste holsteinische Meiereibutter Pfd. 130 Pfg.
Feine Meiereibutter Pfd. 120, Bauernbutter Pfd. 115 Pfg.
Feste grobe Landmettwurst (Winterware) Pfd. 120 Pfg.
Landleberwurst, Land-Gier, 9 frische Koch-Gier 60 Pfg.
Auf alle Waren rote Rabattmarken.

Hans Wegener, ab. Wahnstraße 10.

Käse! Käse! Käse!

Große Partie Tilsiter Vollfett in Staniol, etwas beschädigt, Pfd. 40 und 30 Pfg., brodenweise billiger.

Schweizer Käse, Pfd. 65 und 55 Pfg.

Otto Burckhardt, 42 Hürtr. 42.

Alten pikanten Tilsiter Fettkäse, statt 60 nur 40 Pfg.

Hans Wegener, ab. Wahnstraße 10.

Heuer's Hotel, Schwarfaa.

An Sonntag, den 8. September 1907:

Große Tanzmusik.

Beginn 4 Uhr. Eintritt frei.

Ergebenheit P. Heuer.

Kopffleisch
Leberwurst
Brotwurst
sowie jeden Sonnabend

Warme Knackwurst.
Heinr. Viereck
Hürtr. 96.

ff. fetten Speck Pfd. 80 Pfg.
ff. mageren Speck Pfd. 80 Pfg.
bei Abnahme v. 4 Pfd. 75 Pfg.
Pa. weißes Schmalz Pfd. 70 Pfg.
" Kakeuter " 50 "

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

- Prima Schweinefleisch Pfd. 70 Pf.
- Karbonade " 80 "
- Kopf und Bein " 20 "
- Prima Suppenfleisch " 60 "
- " Kalbfleisch 50 u. 60 "
- fetten u. mag. Speck Pfd. 80 "
- gekochte Mettwurst " 80 "
- Leberwurst " 80 "
- Braunschweigerwurst " 70 "
- Sülze " 60 "

Jeden Sonnabend von 5 Uhr an: Heisse Knackwurst empfiehlt

Hans Werk, W. Strohfeldt Nachf., Glockengießerstraße 73.

Empfehle zu Sonntag:

- Ia. kernfettes Rindfleisch Pfd. 60 Pf.
- Kalbfleisch Pfd. 50 u. 60 Pf.
- Schweinefleisch Pfd. 70 Pf.
- Ia. fettes Hammelfleisch Pfd. 75 Pf.

Paul Boldt

22 Wahnstrasse 22. Fernsprecher 753.

- Empfehle in besonders guter Qualität:
- Prima fettes Ochsenfleisch 70 Pfg.
 - Kalbfleisch 60 "
 - Schweinefleisch 70-75 "
 - Fetten u. mageren Speck 80 "
 - Leberwurst 80 "
 - Gefochte Mettwurst 80 "

ff. Aufschnitt.

Jeden Sonnabend heiße Knackwurst.

F. Peters,

Ecke Glauborg- und Waisenhoffstraße.

Schlachterei und Würstfabrik mit elektrischem Betrieb

von **E. Hinrichs, Lünenhagen 3**, empfiehlt

- Suppenfleisch Pfd. 70 Pf.
- Schweinefleisch " 70 "
- Hammelfleisch " 80 "
- Kalbfleisch Pfd. von 50 Pf. an, sämtliche Würstwaren, beste gekochte u. Leberwurst Pfd. 1.00 Mk.
- Brot- u. Grünkurst St. 10 Pf.
- Kopffleisch Pfd. 30 "
- ff. Aufschnitt " 1,20 "
- sowie jeden Sonnabend ff. Mastrulle Ragout und warme Knackwurst.

TIERGARTEN. Sonntag u. Montag: Allgemeines Preisschießen.